

Bezugspreis:

Für den Monat März 1923 M. ...

Telegraphische Adressen:

Vormärts Berliner Volksblatt

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 17. März 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Deutschland soll sondieren.

London, 16. März. (WTB.) Reuter meldet: Da weitere Gerüchte über eine Vermittlungsaktion im Umlauf sind, wird nochmals festgestellt, daß Großbritannien an seiner Neutralitätspolitik gegenüber der Ruhrfrage festhält...

Amerika wartet auf eine passende Gelegenheit.

Paris, 16. März. (WTB.) Havas ergänzt in einer Meldung aus Washington die nach dem 'New York Herald' wiedergegebene amtliche Erklärung des Staatsdepartements über ein angebliches Ersuchen Englands um Vermittlung zwischen Deutschland und Frankreich durch folgende Bemerkungen:

In amtlichen Kreisen herrscht das Empfinden, daß Frankreich nicht geneigt sei, Vorschläge von Seiten anderer Regierungen entgegenzunehmen. Infolgedessen komme zurzeit kein Vorschlag in Betracht. Indessen beobachteten die amtlichen Kreise die Lage mit großer Aufmerksamkeit. Wenn sich eine passende Gelegenheit böte, würden sie die Versuche einer Lösung unterstützen. Bis jetzt sei der Regierung von Washington amtlich nichts von Verhandlungen bekannt, die angeblich zwischen Berlin und London schwebten und zum Ziel hätten, Frankreich eine Regelung vorzuschlagen.

Ruhrkonflikt und Völkerbund.

Cecil und Clynès fordern Klarstellung der Absichten.

London, 16. März. (WTB.) Lord Robert Cecil und der Arbeiterparlamentarier Abg. Clynès hielten gestern in einer Versammlung des Rates der Völkerbundesvereinigung, in der fast 1000 Zweigstellen der Vereinigung vertreten waren, Reden über die dringenden Fragen der britischen Außenpolitik, insbesondere im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung.

Lord Robert Cecil erklärte, er bedaure sehr den Einmarsch aus vielen Gründen, aber besonders wegen der starken nationalpolitischen Erregung, die er in den betreffenden Ländern hervorgerufen habe; die Frage werde jetzt nicht mehr mit irgendeinem Grade von Unparteilichkeit erwogen. In Deutschland sei das Ergebnis anscheinend gewesen, daß die Regierung verhindert werde, überhaupt irgend welche Vorschläge zur Regelung der Frage zu machen. Er sehe nicht, wie eine Lösung erreicht werden könne, bevor alle betreffenden Parteien ihre Karten auf den Tisch legen.

Ebenso weigere sich Frankreich, genau zu erklären, warum es im Ruhrgebiet sei. Nachdem er vor kurzem Gelegenheit hatte, die Frage zu prüfen, ob die Angriffe auf Frankreich, die sich auf die Annahme gründen, Frankreich beabsichtige das Ruhrgebiet zu annektieren, könne er diese Angriffe für völlig unbegründet erklären. Er glaube nicht, daß irgendeine verantwortliche Meinung in Frankreich bestünde, die eine solche Annexion wünsche. Er könne sich täuschen, aber dies sei seine bestimmte Ansicht. Er glaube, daß in Frankreich in gewissem Sinne dieses Unbehagen herrsche.

Die Reparationen seien aber augenblicklich eine sekundäre Frage. In Wirklichkeit sei Frankreich um seine Sicherheit besorgt. Wenn man diese großen Schwierigkeiten beseitigen wolle, so müsse man beginnen, Frankreich angemessene Sicherheiten gegen einen Angriff von Deutschland zu verschaffen. Bevor man den Franzosen ein Gefühl der Sicherheit gebe, so daß es sich ruhig einer friedlichen Tätigkeit widmen könne, glaube er nicht, daß man es in die nötige geistige Verfassung bringen könne, die erforderlich sei, um sie instandzusetzen, die Frage der Reparationen streng geschäftlich zu behandeln. Zuerst müsse man Frankreich Sicherheit verschaffen. Er, Cecil, glaube nicht, daß ein Garantiepakt zwischen Frankreich, Deutschland und England in England angenommen werden würde. Er sehe sehr ernste Bedenken dagegen. Mehr als ein Dreimächtepakt sei erforderlich. Er glaube, daß irgendeine Art Vorschlag im Völkerbund der einzige Ausweg sei, soweit Garantien in Betracht kommen, nämlich eine allgemeine Garantie, die den Grundpfeiler des Artikels 10 durchführe. Die Beteiligung an dem Garantiepakt im Völkerbund müsse allen Ländern in Europa und in der Welt offen stehen, so daß man nicht nur Frankreich gegen Deutschland, sondern auch Deutschland gegen Frankreich Garantien gewähren müsse. Der Erwägung wert sei der Vorschlag, daß eine entmilitarisierte und neutralisierte Zone zwischen Frankreich und Deutschland bestehen solle. Nicht ein separater Pufferstaat. Dies würde zwecklos sein. Es dürfe kein Versuch erfolgen, die politische und kommerzielle Hoheit der Zone zu verändern; sie müsse in jedem Falle freibleiben und dürfe nicht zu militärischen Vorbereitungen benutzt werden. Ferner müssten die Eisenbahnen neutralisiert werden. Wenn man erst einmal die störenden Elemente beseitigt habe, würden die Reparationsverhandlungen sehr bald eine Lösung finden.

Clynès erklärte, es könne von den Entschliessungen, die dem Unterhaus unterbreitet worden seien, gesagt werden, daß sie dem Hause eine Möglichkeit gegeben hätten, zu zeigen, daß weniger Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien, die hinter der Regierung stehen, und der Opposition vorhanden seien, als jemals vorher in auswärtigen Angelegenheiten. Man sei in diesen Fragen der nationalen Einheit näher gekommen. Die Meinungsverschiedenheiten seien mehr scheinbar als wirklich. Die Frage der Sicherheit habe aufgehört, nur eine Frage der Sicherheit für Frankreich zu sein. Kein einziges Land könne sich auf die Dauer für gesichert halten. Diese Frage der Sicherheit sei eine Frage der Sicherheit des gesamten Europas und der Welt. Eines bedauere tief den von den Franzosen eingeschlagenen Weg und logte, dieses Verfahren müsse scheitern. Sicherheiten und Reparationen ließen sich nur erreichen durch eine größere gemeinsame Allianz, insbesondere zwischen den größeren Mächten Europas. Er würde gern sehen, daß Schritte unternommen werden, um klarer und endgültiger seine Ansichten zu erklären.

die Dauer für gesichert halten. Diese Frage der Sicherheit sei eine Frage der Sicherheit des gesamten Europas und der Welt. Eines bedauere tief den von den Franzosen eingeschlagenen Weg und logte, dieses Verfahren müsse scheitern. Sicherheiten und Reparationen ließen sich nur erreichen durch eine größere gemeinsame Allianz, insbesondere zwischen den größeren Mächten Europas. Er würde gern sehen, daß Schritte unternommen werden, um klarer und endgültiger seine Ansichten zu erklären.

Sonntag 2 Uhr im Friedrichshain

ehrt das arbeitende Volk Berlins die Opfer der monarchistischen Reaktion, die Vorkämpfer der Freiheit. Massen heraus!

Andererseits würde er gern eine baldige Erklärung Deutschlands sehen, was es tun zu können glaube und was zu tun es bereit sei.

Einmütig wurde eine Entschliessung angenommen, in der die Notwendigkeit bekräftigt wurde, den Gedankenkomplex der internationalen Fragen, deren Mittelpunkt die Reparationsfrage bilde, einschließlich der Frage der internationalen Sicherheiten sobald wie möglich vor den Völkerbundsrat oder die Völkerbundesversammlung, wenn möglich mit Unterstützung Deutschlands und der Vereinigten Staaten, zu bringen.

Ein sehr bedauerlicher Entschluß.

Wiederaufnahme der Militärkontrolle.

WTB. meldet: Zwischen dem Auswärtigen Amt und der Interalliierten Militärkontrollkommission hat während der letzten Wochen über die Beteiligung französischer und belgischer Offiziere an Kontrollhandlungen ein Schriftwechsel stattgefunden. Es ist nicht gelungen, die Kommission dazu zu bewegen, daß sie diese Offiziere während der gegenwärtigen kritischen Periode aus der Kontrolle ganz zurückhält; sie hat im Gegenteil erklärt, daß sie die in dieser Hinsicht bis zum 15. d. M. geübte teilweise Zurückhaltung jetzt aufgeben und jene Offiziere in vollem Umfange wieder an der Außenkontrolle beteiligen will. Für den Beginn der kommenden Woche sind bereits eine ganze Reihe von Kontrollhandlungen angeordnet, an denen sich französische und belgische Offiziere — teilweise sogar in Uniform — beteiligen werden.

Die Reichsregierung ist nicht in der Lage, die Kommission an der Ausführung dieses bedauerlichen Entschlusses, über dessen psychologische Wirkungen sie nicht im unklaren gelassen worden ist, zu verhindern. Es bleibt ihr daher nur zu übrig, die Deffenlichkeit nochmals mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß auch die französischen und belgischen Kontrolloffiziere für uns nicht als Organe ihrer Regierungen, sondern lediglich als Organe einer interalliierten Körperschaft zu gelten haben, in der auch diejenigen alliierten Hauptmächte vertreten sind, die sich an der Ruhrgebietsaktion nicht beteiligen. Jede Ausschreitung gegen einen dieser fremden Offiziere ist geeignet, der Reichsregierung unabwehrbare außenpolitische Schwierigkeiten einzutragen.

Frankreich gegen die Dollarleihe.

Paris, 16. März. (CE.) Der Reparationskommission lag heute der Einspruch der französischen Delegierten gegen die Ausgabe einer deutschen Dollarleihe vor. Die Franzosen machen geltend, daß der Friedensvertrag von Versailles den Alliierten für die Entschädigungsabgaben eine Generalhypothek über sämtliche deutschen Einnahmequellen einzäume, und dieser Generalhypothek entspreche die deutsche Anleihe. Auf Antrag des italienischen stellvertretenden Delegierten Baron d'Ameglio wurde das juristische Komitee mit der weiteren Prüfung der Angelegenheit beauftragt.

Die französische Abordnung überreichte sodann eine Beschwärzung darüber, daß die deutsche Regierung für die Ausführung der von De Trocquer angeregten großen Arbeiten im Innern Frankreichs bis jetzt noch keine Vorschläge eingereicht habe.

Frankreichs Hochofen-Kalamität.

Paris, 16. März. (EP.) Laut 'Intransigeant' führt Frankreich täglich 600 Tonnen Kohle und 2000 Tonnen Koks aus dem Ruhrgebiet ab. Das Blatt beklagt aber trotzdem, daß 80 Proz. der französischen Hochofen ausgelöst seien und die Metallindustrie des Brierley Beckens einer allgemeinen Arbeitslosigkeit entgegengehe.

Lenin. Das neueste Krankheitsbulletin meldet eine leichte Besserung im Allgemeinbefinden Lenins.

Wittelsbacher Landesverrat.

Eine Erinnerung an 1848.

Der bayerische Landtag opferte jüngst 750 Milliarden für die Wittelsbacher, und der bayerische Landtagspräsident Königshauer gedachte dankbar der Verdienste der teuren, sehr teuren Dynastie um das Vaterland. Verdienst um das Vaterland! Hat wirklich ein Wittelsbacher je mit voller Hingabe seiner Persönlichkeit die Einheit Deutschlands gefördert, die sich als reichquellender wirtschaftlicher und kultureller Segen für Bayern erwies. Waren nicht vielmehr die Wittelsbacher von jeher eifersüchtig auf ihre kleine Fürstentümlichkeit verfallen, wie heute noch ihre Plaghalter auf die bayerischen Reservatrechte? Haben nicht gerade Wittelsbacher der deutschen Einheitsbewegung die schlimmsten Hindernisse bereitet und sich nicht geschämt, die auswärtigen Mächte anzurufen, damit diese gegen sie intervenierten?

Es ist das Verdienst eines konservativen bayerischen Historikers, M. Doberl, diesen königlich bayerischen Verräter deutscher Interessen festgestellt und mit Urkunden belegt zu haben. In seinem vor kurzem erschienenen Buche 'Bayern und Deutschland' behandelt er im besonderen auch das Verhältnis Bayerns oder vielmehr der Wittelsbacher Fürsten zu der deutschen Einheitsbewegung, wie sie im Jahre 1848 durch das Frankfurter Parlament nach außen verkörpert wurde und in einem deutschen Kaiserthum ihre Krönung finden sollte.

Damals schmückte den Wittelsbacher Thron von Napoleons Gnaden ein Maximilian, der sich der Zweite nannte. Wie peinlich besorgt dieser Wittelsbacher um die Aufrechterhaltung des Kleinstaatenwesens war, erhellt aus seinem Briefwechsel nicht nur mit dem preussischen König, den vierten Friedrich Wilhelm, sondern vor allem aus seinen politischen Briefen an seinen eigenen Minister des Auswärtigen und an die bayerischen Gesandten im Ausland. Dem württembergischen Staatsrat Rindworth, einem der übelberüchtigten Allerpfeifen des Vormärz, der gleichzeitig im Solde Oesterreichs, Frankreichs, Englands und Preußens stand und vom Verräter des einen an den anderen lebte, diesem Rindworth vertraute Maximilian ein Handschreiben an seinen 'teuersten Onkel' Friedrich Wilhelm IV., in dem es hieß:

'Du selbst, teuerster Onkel, bezeichnest als sehr wichtig, daß dessen Fürsten (Deutschlands) bald sich einigen über die der Zentralgewalt und dem Parlament gegenüber einzunehmende Stellung. Jeder Verzug scheint mir gefährdend, da die stets wachsenden Bestrebungen der Anarchisten (?) und vielleicht ungehörliche Zumutungen von anderer Seite immer schwerer dürften zurückgewiesen werden können.'

Er selbst scheut sich jedoch nicht, solche 'ungehörlichen Zumutungen von anderer Seite' geradezu hervorzuheben. Am 11. Dezember 1848 schreibt er an seinen Geschäftsträger in Paris:

'Es ist mir sehr wichtig und Ich lege viel Gewicht darauf, es baldigt und sicher zu erfahren, ob und wie Frankreich über eine deutsche Kaiserkrone, erblich in dem Hause Lothringen oder Hohenzollern, denkt, ob ferner die übrigen Kabinette, besonders jenes von St. Petersburg, gar nicht die Gefahr in Betracht ziehen, welche daraus für die Weltlage entspringen muß, ob man die Aufrechterhaltung der Wiener Schlussakte schon aufgegeben hat...'

Am gleichen Tage forderte er seinen Außenminister auf, die bayerischen Gesandten an den außerdeutschen Höfen anzuweisen, 'zu erforschen, ob man denn dort gar nicht aufmerksam sei auf die Größe der Gefahr, welche für die Weltlage und das ganze europäische Gleichgewicht erwachsen muß, wenn Oesterreich oder Preußen zur deutschen Kaiserwürde gelangen, und ob man denn gar nicht gesonnen ist, die Wiener Verträge aufrechtzuerhalten'.

Diese Wittelsbacher Entwürdigung ging sogar dem Außenminister zu weit. Er antwortete dem König, daß er zwar keine Bedenken trage, die in München anwesenden Gesandten der außerdeutschen Kabinette im Sinne der Wünsche Maximilians zu sondieren.

'Dagegen darf er, der Minister Eurer Königl. Majestät, submissiv nicht verhehlen, daß schriftliche Anweisungen in dem vorliegenden Betreff zu gewagt sein möchten, indem eine so bestimmte Berufung auf die Wiener Verträge auswärts sehr leicht mißdeutet und als eine Aufforderung zur Intervention hingenommen werden könnte...'

Maximilian läßt sich aber nicht so leicht abspfeifen. Er fordert von dem Außenminister, durch die Gesandten 'die Mächte aufmerksam zu machen, daß sie die Gewährleistung der Wiener Verträge vom Jahre 1815 übernommen, ferner welchen Schaden es brächte, wenn die politische Stellung Deutschlands und damit Europas eine solche Veränderung erlitt, wie sie durch Verwirklichung der deutschen Kaiseridee herbeigeführt werden muß. Es entgeht Ihnen nicht, daß es bei dem mehr als zweideutigen Benehmen Preußens eine Lebensfrage für Bayern ist, sich des Schutzes der Mächte gegen die verderbliche Kaiseridee zu versichern'.

Ganz im Sinne von diesem Wittelsbacher Feind der

deutschen Einheit schreibt ihm sein Gesandter Wendland in einem Privatbrief aus Paris vom 19. Dezember 1848:

Die französische Regierung ist decidiert gegen die Unität (Einheit) von Deutschland und hat aus diesem Grunde den Herrn v. Hauener nie offiziell empfangen wollen. Sie ist daher auch dagegen, daß die deutsche Kaisertrone auf das Haupt irgendeines Fürsten gesetzt werde. Der General v. Wittlich ist, wie ich mit ziemlicher Gewißheit vermute, von Berlin hierher gefahren, um Frankreich für Preußen in dieser Frage zu gewinnen, alle seine Bemühungen werden indes wohl fruchtlos bleiben. Ich kenne die Ansichten des Herrn Bostide bestimmt darüber, — das nun folgende Kabinett unter Louis Napoleon wird ebenso denken. . . . England denkt ebenso und hat auch größeres Interesse, sich einem solchen Arrangement zu widersetzen; ich glaube dies aus ganz sicherer Quelle zu wissen. Englands Ansichten sind ohnedies bekannt. Da also alle großen Mächte dagegen sind, läuft man gewiß keine Gefahr, sich der Sache zu widersetzen. . . . Wenn Preußen ebenso uninteressiert als Oesterreich wäre, würde die Sache von selbst zusammenfallen. Allein leider sind die Präntionen des Berliner Kabinetts bekannt. Eure Königliche Majestät werden in Allerhöchst Ihren Kammern gewiß eine wichtige Stütze finden, wenn Sie ohne allen Rückhalt diesen vor der ganzen Welt verweigern, einen deutschen Kaiser über sich anzuerkennen. Der König von Hannover und viele andere Fürsten werden sich unbedingt dieser Erklärung anschließen. Der Eurer Königlichen Majestät anders rotet, ist noch meiner Ansicht entweder kurzfristig oder geradezu Betrüger an seinem König und Vaterland.

Wie man sieht, haben die Wittelsbacher von jeder sich ungeheure „Verdienste“ um die Einheit und das Wohlergehen Deutschlands erworben. Wenn jetzt die Fuchs und Nachhaus, die Bothmer und andere sich wieder französischer Agenten bedienen, um die Losreißung Bayerns vom Deutschen Reiche zu erzielen und eine neue Wittelsbacher Monarchie zu errichten, so folgen sie nur den erhabenen Traditionen Maximilians. Es wäre nicht mehr als eine Pflicht der Dankbarkeit, wenn die Wittelsbacher ihnen einen entsprechenden Teil von dem 750-Milliarden-Geschenk abgeben würden, das „Allerhöchst Ihre Kammer“ unter republikanischen Formen ihnen toeben bewilligt hat.

München, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In der hochverrauschte Fuchs-Nachhaus-Berger usw. ist eine sensationelle Wendung eingetreten. Der Vertraute des Kronprinzen Rupprecht, Freiherr v. Cramer-Klett, der gestern noch der Untersuchungsbehörde die Angabe gemacht hat, daß er im Dezember 1921 in seiner Wohnung den französischen Oberstleutnant Richert und sein Werkzeug Professor Fuchs empfangen habe, ist heute plötzlich von München abgereist. Ferner ist Bezirksoberammann Freyherr v. Soden, der Sohn des früheren bayerischen Innenministers, wie unser Parteiorgan, die „Münchener Post“, am Freitag vormittag feststellt, dem die Umtriebe Richerts seit Jahren bekannt waren, nach einer amtlichen Mitteilung der „Bayerischen Staatszeitung“, noch am Freitag nachmittag aus dem Staatsdienst entlassen worden.

Da die Familien von Cramer-Klett und von Soden dem bayerischen Hofadel angehören und bis heute zu den intimsten Beratern der Familie Wittelsbach gehörten, ist man bei der Aufdeckung der Fäden der Verschwörung gegen den Bestand des Deutschen Reiches bereits bis in die unmittelbare Nähe des Kronprinzen Rupprecht v. Wittelsbach gelangt.

Allerdings hat Freiherr v. Cramer-Klett noch unmittelbar vor seiner Abreise seinen fürstlichen Gönner gebet mit der Behauptung, daß er dem Oberstleutnant Richert gegenüber von vornherein jede Unterredung des Kronprinzen mit einem Franzosen als ausgeschlossen erklärt habe. Auch Kronprinz Rupprecht selbst ist bereits in dieser Sache kürzlich vernommen worden und hat ausdrücklich betont, daß er seit Beendigung des Krieges niemals mit Franzosen, weder mittelbar noch unmittelbar, irgendwelche Aussprache oder Fühlung gesucht oder gehabt habe.

Demgegenüber beweist die heute bekanntgewordene Tatsache der plötzlichen Abreise des Freiherrn v. Cramer-Klett, daß er selbst die

Möglichkeit eines Entkommens aus dem Reich, das sich über ihm zusammengezogen hat, gering einschätzt. Damit entfällt natürlich auch jede Beweislast seiner den Kronprinzen entlastenden Angabe.

Der Staatsgerichtshof gegen Hitler.

Und Bayern?

Der Staatsgerichtshof hat, wie wir bereits mitteilten, die Beschwerden der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei über Versammlungsverbote und Auflösungsverfügungen in nichtbayerischen deutschen Ländern verworfen. In der Begründung des Spruches heißt es, wie wir erfahren, nicht nur, daß Hitler und mit ihm seine Partei die Republik fortgesetzt beschimpfen und herabsetze, sie zieht auch den § 7, Ziffer 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik ausdrücklich an. Der betreffende Absatz des Gesetzes wendet sich gegen Vereinigungen, deren Zweck es ist, die verfassungsmäßigen Grundlagen der Deutschen Republik zu untergraben. Damit hat der Staatsgerichtshof als höchste richterliche Instanz die Staatsfeindlichkeit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei festgestellt. Werden die bayerische Regierung und die Deutsche Freiwirtschaftspartei, die bekanntlich vor kurzem in ein sehr enges Kartellverhältnis zu der Nationalsozialistischen Partei getreten ist, ihre Konsequenzen daraus ziehen?

Sehr eigenartig muß es berühren, daß das amtliche Woffische Telegraphenbureau in seiner diesbezüglichen Meldung den von uns nachträglich wiedergegebenen wichtigsten Teil der Begründung mit keinem Wort erwähnt hat.

Sozialdemokratie und Kohlensteuer.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat der Verlängerung des Kohlengesetzes zugestimmt.

Entscheidend war dafür die Tatsache, daß die Ermäßigung der Kohlensteuer noch lange keine Ermäßigung der Kohlenpreise bedeutet. Im Gegenteil, es bestand die Gefahr, daß die Ermäßigung der Steuer den Anlaß zu einer Erhöhung der Preise für Kohlen bringen würde. Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, so würde bei gleichen Kohlenpreisen kaum eine Verbilligung der Industrieprodukte eintreten. Dafür aber würde in die Reichsfinanzen ein gewaltiges Loch gerissen werden. Bei der ungeheuren Schuldenlast des Reiches würde das weitere Anspannen der Rentenpresse bedeuten, also der Form der Besteuerung der Massen, die am unsozialistisch ist. Ferner ist im § 11 des Gesetzes festgelegt, daß der Reichsminister der Finanzen nach Anhörung des Reichslohnrats mit Zustimmung des Reichsrats eine Ermäßigung der Steuer eintreten lassen kann, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse, besonders der Stand unserer Währung, dies erforderlich machen.

Die Deutschnationalen haben nun, um ihre Steuerscheu zu vertuschen, ein ungeheures Geschrei über die Haltung der Sozialdemokratie angestellt. Sie machen uns den Vorwurf, daß wir die Kohle, und damit auch den Hausbrand, für die minderbemittelte Bevölkerung ganz ungeheuerlich verteuert haben. Wie verhält sich das in Wirklichkeit?

Es steht unzweifelhaft fest, daß die Kohlenpreise in den letzten sieben Monaten ganz ungeheuerlich verteuert wurden, während die Kohlensteuer von 40 Proz. bereits seit dem 1. April 1922 in Kraft ist. Der Kohlenpreis für Ruhr-Feldförderkohle wurde gesteigert am 1. August 1922 von 1513 M. pro Tonne bis 9. Februar 1923 auf 123 356 M. pro Tonne, also um das 81fache. An dieser Preiserhöhung wirkten alle bürgerlichen Parteien mit, und immer wieder wurde von den Zechenbesitzern hervorgehoben, daß bei diesen Preiserhöhungen die Werte nicht bestehen können. Die bürgerlichen Parteien müssen aber daran erinnert werden, daß der Sozialdemokrat Robert Schmidt als Reichswirtschaftsminister

wiederholt Einspruch gegen die fortgesetzte Kohlenpreiserhöhung erhob und teilweise auch Herabsetzungen der geforderten Kohlenpreise eintraten. Das ist jetzt anders geworden. Seitdem Dr. Becker das Wirtschaftsministerium leitet, sind keine Beanstandungen mehr vorgenommen worden. Also nicht die Sozialdemokratie ist für die Verteuerung der Kohle verantwortlich, sondern diejenigen, die die Kohlenpreise allein in den letzten 7 Monaten um das 81fache steigerten.

Unzweifelhaft werden der Hausbrand und die Unternehmungen der Gemeinden durch die Kohlensteuer stark belastet. Die Sozialdemokratie hat deshalb verlangt, daß trotz der Beibehaltung der Kohlensteuer der Hausbrand verbilligt wird, ebenso die Kohlen für gemeinnützige Anlagen. Das ist auch beschlossen worden. Ferner wurde beschlossen, daß die aus der Kohlensteuererhebung noch rückständigen Beträge sofort eingezogen werden. Abgelehnt wurde dagegen unser Verlangen, für die gestundeten Beträge Verzugszinsen zu erheben. Leider ist es trotz aller Bemühungen nicht gelungen, diese Bestimmungen ins Gesetz zu bringen.

Die Sozialdemokratie hat also alles getan, um die Interessen der Verbraucher zu schützen, ohne die Reichsfinanzen zu gefährden und ohne den Industriellen Profite zu zuschanden. Sie wird ferner jetzt mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß der Preisabbau bei dem Abbau der Kohlenpreise beginnt, wobei gleichzeitig eine Ermäßigung der Kohlensteuer eintreten kann.

Preisabbau durch Lebensmittelverteuerung?

Agarische Forderungen — entschlußlose Instanzen.

Am Freitag beschloß sich der Vorkausch des Reichstages mit der Preisfestsetzung für das letzte Sechstel des Umlagegetreides. Die Vertreter der Landwirte hielten wieder die üblichen Reden; sie forderten unbedingte Berücksichtigung der errechneten Produktionskosten bei der Preisbildung. Der Reichsernährungsminister, dessen Grundgedanke scheinbar ist, zu wichtigen Fragen überhaupt keine Stellung zu nehmen, brachte nicht den Mut auf, den Landwirten zu raten, mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse wenigstens bei dem letzten Sechstel der Umlage auf eine weitere Preiserhöhung zu verzichten, um so dem Programm der Regierung über den sogenannten Preisabbau gerecht zu werden. Die Willkommengröße der Landwirte, die dem aus Verbraucherkreisen kommenden Ernährungsminister bei dessen Amtsantritt entgegengebracht wurden, waren also wohl begründet.

Nach längerer Beratung beantragten die Vertreter der Landwirtschaft, den Preis für die Tonne Roggen auf 827 000 M. festzusetzen, also um etwa 200 000 M. mehr als der Roggen heute auf dem freien Markt kostet. Für diesen Antrag stimmten ausschließlich die fünf anwesenden Landwirte. Ein Vertreter der Landwirte schlug den Preis von 700 000 M. vor. Auch dieser Vorschlag fand keine Mehrheit. Ein Vertreter der Städte beantragte, 650 000 M. als Preis für eine Tonne Roggen festzusetzen. Hierfür ergaben sich sieben Stimmen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verlangten, daß überhaupt keine Erhöhung bewilligt wird und für das letzte Sechstel der Preis, der für das vorletzte Sechstel bezahlt worden ist, also 600 000 M. für eine Tonne Roggen, Geltung behält. Der Antrag wurde jedoch gegen 6 Stimmen abgelehnt, so daß ein Beschluß also überhaupt nicht zustande gekommen ist. Die Regierung muß deshalb jetzt selbst entscheiden. Sie wird sich zu überlegen haben, ob sie durch eine weitere Erhöhung des Umlagepreises den Börsenpreis für das freie Getreide nach oben stabilisieren will.

Es ist zu bedauern, daß weder das Reichsernährungsministerium noch der Preisauschuss zu einem endgültigen Botum über die Umlagepreise gekommen ist. Das Reichsernährungsministerium hat sich bisher darauf beschränkt, die Meinung der verschiedenen Gruppen im Preisauschuss zu

„Kultur“-Dokumente.

Zum 75. Geburtstag der März-Revolution.

Von Karl Fischer.

Vor dem 18. März und dem Jahre 1848 weiterleuchtete es allenhöhen in deutschen Landen, aber immer wieder verteilten sich die Wolken, und Gewalt ging vor Recht. Bedrückt durch hohe Steuern und Zölle, bedrängt durch Säkular und Militär der sieben Landesöster, lebte das Volk in einem dumpfen Dämmern, in dumpfer Gleichgültigkeit und in stichtiger Luft. Erst als der frische Wind der Pariser Februar-Revolution über die Bogen sprang und über den Rhein segelte, wachte man auch in Deutschland auf und suchte, die unerträglichen Lasten abzuschütteln.

Vände möchte man schreiben, wollte man das vollständige Material beibringen von den unendlich vielen Warteninstrumenten, mit denen man das Volk peinigte. Eine kleine Auswahl von Dokumenten der damaligen Zeiten Schande soll verstanden, Verständnis dafür zu erwerben, daß das Volk weiter nichts galt, als Freiwild für die Launen seiner Fürsten.

Alle Mittel waren genehm, wenn es galt, Gesinnungen auszutreiben, denn Gesinnung zu haben, eine offene und ehrliche Gesinnung, wurde als großes Verbrechen geahndet. Eines der beliebtesten Folterwerkzeuge war die Zensur. Wiemelt hier der Wahnsinn getrieben wurde, erzählt man am besten aus einem Brief des Freiherrn von Stein, den er 1819 an den Freiherrn von Gagern richtete und in dem es heißt: „Was sagen Sie zu der Handhabung der Zensur im Hannoverschen, wonach man sogar — hochzeitlich und Leichenpredigten bei dem königlichen Konsistorium einzeln einlesen soll!“ Das ging wahrlich noch weit über die Zensur, die wir uns während des letzten Krieges gefallen lassen mußten. Hannover war überhaupt ein „geistesloses Land“. Oppermann erzählt in seiner Geschichte des Königreichs Hannover folgenden bezeichnenden Zug von der hannoverschen Reaktion: „Der Kabinettsrat von Schiele mußte die Beamten klar zu verurteilen, die nur ganz entfernt an oppositioneller Richtung beteiligt waren. Einem Schwager von Robert Prug, dem bekannten liberalen Dichter, wurde die Anstellung als Advokat trotz der besten Empfehlungen immer wieder verweigert. Endlich bringt er sein Gesuch bei dem Kabinettsrat persönlich vor und weist zu dessen Begründung darauf hin, daß die Mittellosigkeit seiner Eltern ihm nicht gestatte, sich an einem anderen Ort eine Praxis zu schaffen. Schiele unterbricht ihn: „Was ist Ihr Vater?“ „Buchbinder.“ „Dann hätten Sie auch Buchbinder werden sollen!“

Indessen in Preußen stand man den Hannoveranern in derartigen Schamlosigkeit durchaus nicht nach. Als sieben Göttinger Professoren 1837 Protest erhoben gegen den offenen Verfassungsverstoß des Königs von Hannover, und die Stadt Elbing einen dieser Professoren, der aus Elbing gebürtig war, ein zustimmendes Schreiben schickte, erteilte, wie Wiedermann in seinem Werk „Dreißig Jahre deutscher Geschichte“ mitteilt, der preussische Minister des Innern, von Kochow, dem Magistrat von Elbing folgende amtliche Verweisung: „Dem Untertan ziemt es nicht, an die Handlungen des Staatsoberhauptes den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen und sich in dünkeltäglichem Uebermut ein öffentliches Urteil über

die Rechtmäßigkeit derselben anzumachen. Die Unterzeichner der Adresse hätten daher in dem Benehmen der Göttinger Professoren nicht eine Verletzung der gesetzlichen Ordnung, sondern nur ein unziemliches Aussehen, ein vermessenes Unternehmen erblicken sollen.“ — Freilich, auf dem Thron Preußens saß damals ein Mann, der allen Dünkeln voll war: Friedrich Wilhelm IV. Noch am 27. Februar 1848 schreibt er an die Königin Victoria von England: „Der verstorbene König wagte nicht, zu schreiben „von Gottes Gnaden“. Wir indessen nennen uns König von Gottes Gnaden, weil es wahr ist.“ Nun nicht lange danach sollte es ihm blutig togen, und dieser Held von Gottes Gnaden mußte demütig den Hut ziehen vor den Opfern der Berliner März-Revolution, hingelacht durch seine Schuld. Unter der Regierung Friedrich Wilhelms IV. feierte die Polizeiwilktür förmliche Orgien, und nichts war den Höchern heilig. So beklagte sich Ludwig Feuerbach, der bekannte Verfasser des großen Werkes „Wesen des Christentums“, das den damaligen Machthabern zu liberal noch, in einem Brief vom 3. April 1843 folgendermaßen: „Gestern wurde bei mir von Rechts wegen eingeschoben. Man suchte bei mir, dem Einsiedler, dem Gelehrten, dem Denker, nach Briefen von Studenten, nach Auskunft über Studentenverbindungen. Armes Deutschland, selbst dein einziges Gut, deine wissenschaftliche Ehre will man dir nehmen!“

Je kleiner das Ländchen war, über das ein Fürst von Gottes Gnaden „regierte“, um so dünkeltäfter und dummdreister war sein Benehmen. Ein köstliches Stück weist das Amts- und Regierungsblatt des Fürstentums Ruch-Cobenstein-Ebenhorst vom Jahre 1845 auf. Dort heißt es wörtlich: „Serentissimus hat die hohe Gnade zu haben geruht, die Wehrmänner zu Hirschberg, sechs an der Zahl, welche zu dem in Lonna ausgebrochenen Feuer geeilt und mit der ausopferndsten Bereitwilligkeit Dienste geleistet hatten, öffentlich vor der Front allerhöchstselbst gnädigst zu belohnen und dem ältesten derselben, nachdem er sich durch Tauffchein als solcher ausgewiesen, zum Zeichen allerhöchst Ihrer hohen Zufriedenheit und Anerkennung höchst eigenhändig die Hand zu reichen.“

So sah damals die Kultur in Deutschland aus. Kein Wunder, wenn sich endlich die schwarzen Balken, die so lange am Himmel drohend hingen, entluden, der Donner rollte und der Blitzstrahl wenn auch leider nur ein paar der schlimmsten Jöppe in Flammen setzte.

Der Bericht der Mount-Coverell-Expedition. Im englischen Geographischen Journal liegt jetzt der Bericht der Mount-Coverell-Expedition aus dem vorigen Jahre vollständig vor. Obwohl, wie man weiß, das Ziel der Erstbesteigung des höchsten Gipfels der Erde nicht erreicht wurde, hat doch das Erreichte, der Aufstieg zu der Höhe von etwa 8300 Metern, Bedeutames genug. Auf der Schulter des Berges mußten zwei der Teilnehmer, Finch und Geoffrey Bruce angesichts des nahen Gipfels umkehren. Der Sturm war so gewaltig, daß sie neben dem Grate aufwärts steigen mußten. Wegen der mangelhaften Sauerstoffapparate, die sich gut bewährt haben, konnte nicht genug Nahrung mitgenommen werden. So verlagten ihre Kräfte. Völlig erschöpft und mit schweren Frostschäden kamen sie unten wieder an. Der höchste Berg der Erde

besteht nach den Untersuchungen der Expedition vornehmlich aus Hornfels, ein gelatines Kalksilikatstein und kristallinischen Kalkstein. Die höchste Partie bildet ein horizontaler Gürtel von Muscovit-Granit, dessen Härte gerade die Schulter unterhalb des Gürtels verursacht. Auf prächtvollen Photographien im Geographischen Journal kann man die grohartige Berg- und Eiswelt sehen. Spaltengeweir durchzieht den Gletscher, die Moränen sind tief eingeschnitten und werden beiderseits von reinem, wildgejakttem Gletschereis überragt. Den höchsten Gipfel zeichnet nicht so sehr weiße Eispanzerung aus als die ruhige Majestät seiner nach Nordwesten schroff abbrechenden Felsformen.

Was das Reichsarchiv enthält. Das deutsche Reichsarchiv, dessen Gründung bereits vom Frankfurter Parlament 1848 und dann nach der Schaffung des Deutschen Reichs 1871 erwogen wurde, ist erst nach dem Zusammenbruch 1918 ins Leben gerufen worden und steht mit ihm in ursächlichem Zusammenhang. Als unsere Truppen und die Vermohtungen der besetzten Gebiete mit ihren ungeheuren Massen zurückströmten und es sicher war, daß das alte deutsche Heer nicht weiter bestehen würde, wollte man einen Mittelpunkt für die Altentfände des Reichsarchivs des Großen Generalstabs und der andern Kriegsakten schaffen, und so entstand das Reichsarchiv in Potsdam. Eine Vorstellung von der Altentmasse, die hier zusammenströmte, geben einige Zahlen. Vom 1. Januar 1920 bis zum 30. Juni 1922 gingen beim Reichsarchiv ein: 117 Wagen, 2781 Kisten und 1961 Pakete mit neuen Akten. Die Aufsichtsfache der Regale und Schränke, die mit Akten gefüllt sind, beträgt 7875 Quadratmeter. Dabei sind die Akten der Kriegsgesellschaften nicht mitgerechnet, die schon jetzt einen weit größeren Raum beanspruchen als den genannten. Auch die Benutzung war eine rege. Es wurden vom 1. Januar 1921 bis 30. Juni 1922 folgende Akten erbeiden: 782 Anträge von auswärtigen Benutzern mit 5364 Aktenstücken, 800 Anträge für Erinnerungsbücher mit 6088 Aktenstücken, 910 Anträge von Angehörigen des Reichsarchivs mit 3503 Aktenstücken; insgesamt 2492 Anträge mit 15 856 Aktenstücken. Im gleichen Zeitraum von 1½ Jahren waren 190 auswärtige Besucher zu verzeichnen. Das Reichsarchiv enthält aber nicht nur militärische Akten, sondern es wurden ihm auch große Massen von Material aus Privatarchiven überwiesen. Dahin gehört der schriftliche Nachlass Lassalles, den Fürst von Sayfeld-Wildenburg listete. An Kriegsbüchlein und Kriegstagesbüchlein gingen weit über 200 000 ein. Sammlungen solcher Aufzeichnungen aus der Kriegszeit wurden von allen Bevölkerungsklassen und Parteien überwiesen. So verorteten u. a. der Deutsche Transportarbeiterverband in Berlin, der Verband der Bergarbeiter in Bochum, der Reich junger Kaufleute in Berlin dem Archiv ihre umfangreichen, kulturgeschichtlich wichtigen Sammlungen an. Der frühere Kriegsminister Schöck hat sein ganzes Material zur Verfügung gestellt, auch wurden dem Archiv die Akten des Ehrengerichts Waldersee-Croener und Waldersee-Schock mit ihren Auslagen aus der Zeit der Revolution ausgehändigt.

Schlachtungstage der Staatlichen Museen. Vom 19. März ab stellen das Alte und Neue Museum sowie die Prähistorische Abteilung (im alten Kunstgewerbemuseum): Montags, das Kaiser Friedrich-Museum und das Museum für Völkertunde Dienstags für den Besuch des Publikums geschlossen.

Hören, um dann einen Preis auf der mittleren Linie festzusetzen. Diesmal hat sich jedoch die Situation wesentlich geändert. Wir haben es jetzt schon erlebt, daß die Getreidepreise des freien Marktes unter den Umlagepreisen lagen. Wenn sie nicht auf dem niedrigen Niveau geblieben sind, so lag das wesentlich daran, daß die Reichsgetreidekasse nach wie vor nur als Käufer auf dem Getreidemarkt auftritt und auch dann, wenn sie nicht selbst kauft, die Preise des freien Marktes stützt. Es erweist sich heute als ein Mangel der gegenwärtigen Organisation der Getreidewirtschaft, daß die Reichsgetreidekasse jetzt auf dem Getreidemarkt dieselbe Rolle spielt, die bis vor kurzem die Reichsbank auf dem Devisenmarkt gespielt hat. Wenn es der Regierung ernst ist um den Preisabbau, wird sie nicht nur die Umlagepreise nicht erhöhen dürfen, sondern sie wird die Reichsgetreidekasse in die Lage setzen müssen, durch Angebot von Getreide ihrerseits den freien Markt längere Zeit unter Druck zu halten. Selbst wenn Verluste dabei entstehen, würde eine derartige Intervention am Getreidemarkt wenigstens zur Folge haben, daß die Landwirte nun auch ihr Umlagegetreide mit der größten Beschleunigung absetzen.

Köflich ist die Logik der Agrarier, die noch in einem Atem behaupten, daß die freie Wirtschaft mit ihren freien Preisen den einzigen gerechten Entgelt für das Getreide bringt, gleichzeitig aber für Umlagegetreide mehr fordern, als der gegenwärtige Marktpreis beträgt. Das ist eine unerhörte Zumutung, die bei der Verbraucherschaft auf schärfsten Protest stoßen wird. In der Forderung der Agrarier kommt eben zum Ausdruck, daß man sich keineswegs mit dem normalen Marktpreis zufrieden geben will, selbst wenn man die freie Wirtschaft erreichen sollte, sondern daß man dann versuchen wird, durch die Propaganda für Einfuhrzölle den Getreidepreis künstlich zu überhöhen. Die Führer der Agrarier machen aus dieser ihrer Absicht auch keinen Hehl. Wenn der Reichsernährungsminister, der sich gern auf seine frühere Tätigkeit als Oberbürgermeister eines Verbrauchervereins beruft, diesen Bestrebungen keinen Vorstoß leisten will, muß er darauf bedacht sein, den Anfängen zu wehren.

Die Spitzenverbände im Reichswirtschaftsministerium.

Unter dem Vorhild des Reichswirtschaftsministers fand im Reichswirtschaftsministerium eine Zusammenkunft von Vertretern der Spitzenverbände der Arbeiter, Angestellten, Konsumgenossenschaften, des Handwerks, Handels, der Industrie usw. statt. Man beschäftigte sich mit der Frage der Preisgestaltung, die täglich mehr in den Vordergrund aller Diskussionen rückt. Der Reichswirtschaftsminister mußte feststellen, daß trotz des Dollarrückganges nur wenige Artikel im Preise gefallen seien, vielfach hätten sich die Preise gehalten, einzelne Preise seien sogar noch weiter gestiegen.

Selbstverständlich vertraten die Vertreter des Groß- und Kleinhandels und der Industrie mit viel Zahlenmaterial ihre Interessen. Es wurde nachgewiesen, daß man eigentlich nur nach mit Verlust verkaufen, um der allgemeinen Stimmung, die Preisabbau fordert, entgegenzukommen. Dazu zwingt schon der völlige Stillstand des Geschäftes!

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit der Konferenz stellte Grafmann vom KDOB den Preisabbau und dessen Zusammenhänge inner- und außenpolitischer Art umfassend dar. Die Kaufkraft der Masse der Arbeitnehmer sei heute kaum noch ein Drittel von dem, was sie vor dem Kriege war. Jetzt einen Lohnabbau dazufügen, würde unerträglich sein. Das würde den Arbeitnehmer in seiner Lage bis in die Zustände der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückwerfen. Auch im uns wohlwollendsten Ausmaß werde man immer wieder darauf verwiesen, daß die deutschen Kapitalisten ihren Pflichten gegenüber dem Staat nicht nachgekommen seien. Man wolle auf die deutschen Guthaben in den Banken hin, kenne die Beteiligung deutschen Kapitals an neu-aufgelegten ausländischen Anleihen usw. Erst im Ausland erkenne man, in wieweit fürchterlichem Elend der deutsche Arbeiter zu leben gezwungen sei. Das lasse sich nicht wegreiben, die Hausfrau, die keine Möglichkeit mehr sehe, mit dem Verdienst des

Mannes die Familie zu ernähren, bringe dafür tagtäglich die schlauesten Argumente. Gegenüber diesen Tatsachen reiche nicht die immer wiederholte Erklärung des guten Willens zum Preisabbau. Wenn wir das Ruhrgebiet behalten wollen, müssen die Preise wirklich abgebaut werden.

Ein Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie meinte, daß es kaum noch einen Artikel gebe, der in Deutschland nicht über dem Weltmarkt stehe. Die Berichte über die Leipziger Messe seien viel zu günstig. Es sei ein Hauptfehler gewesen, daß man dem Unternehmer nicht schon immer den Wiederbeschaffungspreis gefastet habe. Man müsse die Wirtschaft von allen Fesseln freimachen, dann werde sie auch wieder in Ordnung kommen. — Ein anderer Handelsvertreter berichtete, daß auf der Börse täglich eine solche Fülle von Lebensmittelangeboten erfolge wie kaum jemals zuvor. Es fänden jeden Tag Auktionen von leichtverderblichen Waren statt, die man nicht absetzen könne; es handle sich täglich um Milliarden!

Es wurde von Unternehmern (Guggenheimer) auch offen zugegeben, daß heute nicht die Löhne, sondern die Kosten der Rohstoffe die Hauptursache der hohen Preise seien. Larow vom KDOB sprach vom Wiederbeschaffungspreis der Arbeitskraft und von den „Schein“gewinnen der Unternehmer, die sich jetzt in „Scheinverluste“ verwandelt.

Mancherlei Hin und Her der Diskussion ergab stets erneut wieder die Feststellung, daß es immer „die anderen“ sind, die die Preise festhalten und gegen den Preisabbau arbeiten.

Das einzige positive Ergebnis der Sitzung war die Ankündigung des Reichswirtschaftsministers, daß demnächst die Kohlensteuer in gewissem Umfang abgebaut werden soll. Es ist schon heute vorzusehen, daß dann plötzlich die Kohle für die Preisgestaltung der Waren bedeutungslos sein wird. Es bleibt demnach dabei, daß die Reichsregierung den Preisabbau dem guten Willen der Interessenten überläßt.

Das Schicksal des Reichsschulgesezes.

Im Bildungsausschuß des Reichstages wird schon seit Wochen um den § 2 des Reichsschulgesezes gekämpft, ohne daß es den bürgerlichen Parteien gelungen ist, zu einem Kompromiß über die Frage der Gemeinschaftsschule zu kommen. Entsprechend der Weimarer Verfassung haben die nicht christlichen Bekenntnisse und die bekennnisfreien Weltanschauungen einen Anspruch darauf, in der Gemeinschaftsschule Berücksichtigung zu finden. Die Anträge der bürgerlichen Parteien laufen darauf hinaus, in der Gemeinschaftsschule den Unterricht auf christlicher Grundlage ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der einzelnen Bekenntnisse für alle Kinder gemeinsam erteilen zu lassen. Bei der Befolgung der Bekenntnisse an der Gemeinschaftsschule soll auf das religiöse Bekenntnis der die Schule besuchenden Kinder nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. Weiter soll es nach dem Antrag der Bürgerlichen möglich sein, daß an dieser Gemeinschaftsschule auf christlicher Grundlage Lehrer tätig sind, die einem christlichen Bekenntnis nicht angehören. Dem schließt sich die Reichsregierung nicht an. Sie ließ am Freitag folgende Erklärung abgeben:

„Der Herr Reichsminister des Innern hält grundsätzlich an der Auffassung fest, wie sie im § 2 der Regierungsvorlage zum Ausdruck gelangt. Bei der Schaffung dieser Bestimmung ist davon ausgegangen worden, daß nach dem Willen der Weimarer Verfassung als Regelschule nicht lediglich die Simultanschule, wie sie bisher in einigen Teilen Deutschlands besteht, in Betracht kommt. Abgesehen davon, daß die bisherigen Simultanschulen in Baden und Hessen, von Bayern ganz abgesehen, in wesentlichen Punkten nicht übereinstimmen, also als einheitliches Vorbild nicht gelten können, ist auch die frühere Simultanschule eigentlich nur eine gemeinschaftliche Schule für die beiden christlichen Konfessionen gewesen. Mit der Weimarer Verfassung haben aber auch die nichtchristlichen Bekenntnisse und bekennnisfreien Weltanschauungen ihr verfassungsmäßiges Recht erhalten und müssen demgemäß Berücksichtigung in der Gemeinschaftsschule beanspruchen.“

Es wird also von der Reichsregierung mit Deutlichkeit festgestellt, daß der Antrag der Regierungsparteien nicht der Verfassung entspricht, sondern daß die Reichsregierung auf dem Boden ihres Entwurfes und damit im Wesen auch auf dem Boden des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion stehenzubleiben gemillt ist. Nach dieser Erklärung dürfte es den Kompromißparteien schwer werden, ihre Absichten durchzuführen.

Stimmen der Vernunft.

In der neuesten Nummer der Monatschrift „Das Zentrum“ kommt Dr. Spieder, einer der Direktoren der „Germania“, in einem Artikel über die internationale Entwicklung seit dem Sturze des Kabinetts Wirth auf die Frage der Lösung des Ruhrproblems auf dem Wege der Verhandlungen zu sprechen und macht dabei folgende sehr bemerkenswerte Ausführungen:

Der bewunderungswürdige Widerstand, den das heldenmütige Volk an der Ruhr leistet, ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, und jeder Tag, der für die Erreichung des Zieles der Anbahnung von Verhandlungen mit dem ersten Ziele der Räumung des widerrechtlich besetzten deutschen Landes ungenutzt bleibt, wäre eine Sünde gegen diese braven Volksgenossen und das ganze Vaterland. Das auszuprechen ist selbstverständliche Pflicht, nicht ein Zeichen schwächerer Nachgiebigkeit, sondern zielbewußter Entschlossenheit. Wie sich in Deutschland heute keine Regierung behaupten könnte, die Rhein und Ruhr verriet und vor dem Feind kapituliert, so sicher würde eine deutsche Regierung, die vorhandene Möglichkeiten einer Verständigung mit Frankreich ungenutzt ließe, vom Unwillen des Volkes hinweggefegt werden. Wir Deutsche wissen, was ein Erschöpfungskrieg ist, und ohne bitterste, schwerste Not wollen wir den Seidensweg dieses schrecklichsten aller Kriege nicht nochmals gehen. Um ertragen zu können, was ertragen werden muß, müssen wir aber den Mut zur vollen Wahrheit, zur Erkenntnis der ganzen großen Not und unserer großen Vereinsamung haben.“

Und der Artikel schließt: „Eine Verständigung und Einigung mit Frankreich wird in dem Augenblick nicht mehr schwierig sein, wo es sich nur noch um die Lösung und Regelung wirtschaftlicher Fragen und Schwierigkeiten handelt, und Frankreich endgültig darauf verzichtet, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten als Vorwand und Deckmantel für politische Aspirationen zu benutzen. Den ehrlichen Willen der deutschen Regierung zur Verständigung, einerlei welchen Namen sie trägt, garantiert die Masse des deutschen Volkes. — An Frankreichs Volk ist es, in gleicher Aufrichtigkeit an die Beendigung und Beilegung des jahrhundertalten Streits zwischen Frankreich und Deutschland zu schreiben.“

Höngangerfrage in England. Ramsay MacDonald nahm vorgestern Abend an dem vom Könige im Buckingham-Palast gegebenen Essen teil. Dies erwiderte in Arbeiterkreisen einige Unruhe, aber der Vorsitzende der schottischen Arbeitergruppe Robertson erklärte, er habe keine Bedenken gegen MacDonalds Teilnahme an dem Essen, da er der offizielle Leiter der Opposition sei. (In Deutschland ist diese Frage glücklicherweise überwunden. Red. d. „Vorwärts“.)

Die verbotene Wahrheit.

Zeugenverhaftung und -beeinflussung.
Buer, 16. März. (WZB.) Der Hauptzeuge in der Offiziermordache, der Bergmann Wih. Winking, ist bis zur Stunde noch in französischer Haft und hat folgendes zu Protokoll gegeben:

Mit Alfred Enge besand ich mich in der Stiehbierhalle Sandmann, als ich drei aufeinanderfolgende Schüsse hörte. Darauf ging ich mit Enge sofort heraus und blieb vor dem Bekal auf der Hochstraße stehen. Ich sah nun, wie aus der verlängerten Hogenstraße zum Stadtklo zwei Alpenjäger schnellsten Schrittes heraustraten und die Hogenstraße zur Essener Straße weitergingen. Gleich nach ihnen kamen zwei Offiziere. Der eine Offizier ging von der verlängerten Hogenstraße über die Hoffstraße zur Wirtschaft Neuling herüber, wobei er taumelte und den Eindruck eines Beunkens machte. Er zog den Mantel aus und es schien, als ob er sich übergeben müsse. Er ging dann noch einige Schritte weiter und fiel dann um. Der andere Offizier kam nach diesem aus der verlängerten Hogenstraße, er lief aber nicht weiter und blieb an der Ecke Hochstraße stehen. Um diese Zeit habe ich außer den beiden Alpenjägern keine Person gesehen. Ich ging nun zurück in die Wirtschaft und sagte, daß es nun Zeit würde, nach Hause zu gehen, denn es seien jedenfalls zwei Offiziere erschossen worden. Wir gingen dann hinaus und es hatten sich eine Anzahl Personen angelammet, welche ihre Entrüstung über die Tat zum Ausdruck brachten. Ein Radfahrer wollte zum Krankenhaus fahren und dort veranlassen, daß die Offiziere abgeholt würden. Mit Enge bin ich dann gleich weitergegangen. gez. Winking.

Gestern mittag erschienen französische Kriminalbeamte und Soldaten in der Wohnung dieses Zeugen und erklärten der Ehefrau, ihr Mann habe die Tat bereits eingestanden, sie möge den in der Wohnung befindlichen Revolver, mit dem die Offiziere erschossen worden seien, herausgeben. Da die Frau erklärte, daß ihr Mann unmöglich der Täter sein könnte und niemals einen Revolver besessen habe, durchsuchten die Franzosen die ganze Wohnung, ohne jedoch eine Waffe zu finden.

Ein Gastwirt, der von Montag mittag bis heute früh in französischer Haft festgehalten wurde, ist während der Dauer seiner Gefangenschaft fast ununterbrochen einem Kreuzverhör unterzogen worden. Er blieb jedoch bei seiner ersten Aussage. Das Streben der Franzosen geht nunmehr dahin, die Tat Belgien zuzuschreiben. So sollte der Gastwirt erklären, der Zeuge Bergmann Winking hätte ihm gleich nach der Tat gesagt, belgische Soldaten seien ein davon gelaufen.

Wer sind die Mörder?

Buer, 15. März. Die Franzosen haben jetzt selbst zugestanden, daß zwei Alpenjäger seit dem Verbotend verhaftet worden sind. Jedoch wird in französischen Veröffentlichungen hierüber nichts erwähnt. Trotzdem sind die deutschen Zeugen, die angegeben haben, daß sie zwei Alpenjäger gesehen haben, jetzt von den Franzosen verhaftet worden.

Gefährliche Briefkasten.

Münster, 16. März. (WZB.) Die Stadtverwaltung von Buer mußte alle in der Stadt befindlichen Briefkästen abliefern. Die abgelieferten Tiere wurden heute von französischen Truppen abgeschliffen.

Die Sperre des Post- und Telefonverkehrs sowie der Theater und Kinos ist ab heute gemildert worden.

Der Mord an dem Bergmann Hoffmann.

Münster, 16. März. (WZB.) Die amtliche Bestätigung des am 14. März gegen 10 Uhr abends in der Nähe der Zeche Blumenhof in Reddinghauken erfolgten Mordes an dem Bergmann Hoffmann besagt, daß dieser ohne ersichtlichen Grund von französischen Soldaten erschossen wurde.

Heute vormittag wurde die Schachtanlage Hibernia der Zeche Blumenhof von französischen Truppen besetzt. Die Besetzung trat sofort in den Proteststreik.

Waffenauweisungen.

Der Kommandierende General in Essen hat dem dortigen Bürgermeister unter dem 18. März in einem Schreiben mitgeteilt, daß alle Familien (auch Frauen und Kinder) der durch die französischen Behörden ausgewiesenen Schuppollbeamten des besetzten Gebietes binnen acht Tagen das besetzte Gebiet verlassen müssen. Jede Zuwiderhandlung werde von den französischen Besatzungsgerichten auf das Schwerste bestraft.

Darmstadt, 16. März. (Eig. Drahtbericht.) Am Freitag vormittag traf an der hiesigen Eisenbahnbrücke ein von Franzosen geführtes Lastauto ein, das mit zehn ausgewiesenen Personen, meist Beamten, besetzt war. Unter diesem Transport befand sich auch der Redakteur Genosse Gira von der „Mainzer Volkszeitung“, dessen Kollege Hinz bereits vor mehreren Tagen ausgewiesen wurde. Unser Mainzer Parteiorgan ist damit seines Redaktionsstabes völlig entblößt. Der Aufweisung des Genossen Gira ging eine Durchsicherung der Geschäfts- und Redaktionsräume der „Mainzer Volkszeitung“ voraus, die von 18 französischen Kriminalbeamten vorgenommen wurde. Das Resultat der Hausdurchsicherung blieb jedoch erfolglos.

Mainz, 16. März. (WZB.) Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ ist für weitere drei Tage verboten worden.

Neuregelung in Osteuropa.

Vereinerung Polens durch Ententebeschluß.

Warschau, 16. März. (DA.) Die gesamte polnische Presse jubelt über die Anerkennung der gegenwärtigen polnischen Obergrenzen durch den Vorkriegsallianz. Für den Sonnabend ist der Feiern zu einer festlichen Sonderfeier einberufen, welcher der Präsident und Vertreter der Ententemächte beiwohnen werden. Am Sonntag sollen im ganzen Lande Festlichkeiten veranstaltet werden. Ueber die Einzelheiten des Beschlusses des Vorkriegsallianz wird bekannt, daß die Ententemächte die für sie im Vertrag von Saint Germain vorbehaltenen Hoheitsrechte auf Ostgalizien nunmehr Polen übertragen. Zugleich verpflichtet Polen sich zur Uebernahme eines auf 13,07 Proz. festgesetzten Teiles der Vorkriegsschulden der österreichisch-ungarischen Monarchie. Bisher ist die Ratifikation des Saint-Germain-Vertrages durch Polen nicht erfolgt. Die gegenwärtige polnisch-russische Grenze ist vom Vorkriegsallianz als eine tatsächlich bestehende Grenze anerkannt worden, jedoch ohne Bezugnahme auf den Rigaer Vertrag, was eine Anerkennung der Sowjetregierung bedeutet hätte.

Mit dieser Entscheidung ist die Sache noch lange nicht erledigt. In Litauen, das eben erst die Zuerkennung Litauens an Polen anerkannt hat, wohl weil es kurz vorher das Memelland erhalten hatte, herrscht große Erregung. Gelsanau und Smetona, die nach Paris gereist waren, sind einen Tag zu spät gekommen. In Litauen legen viele alle Hoffnung auf ein Zusammengehen mit Rußland. Die Ukrainer, Sowjetleute wie andere, werden die Zuteilung Ostgaliziens, wo so heftige Kämpfe gegen die polnische Okkupation geführt worden sind, gewiß nicht anerkennen, und Rußland wird nicht unterlassen, sich die Erregung der Nachbarländer Polens zunutze zu machen. Für Polen selbst ist die große Verstärkung seiner nicht-polnischen Bevölkerung natürlich auch kein Kraftgewinn.

Karlsbader Marx-Erinnerung. Der „Volkswille“, unser Karlsbader Parteiorgan, erinnert in seiner Märznummer an den wiederholten Kurzaufenthalt Marx' in Karlsbad in den Jahren 1874, 1875 und 1876. „Im Jahre 1877 sollte er“ — nach einem Bericht Karl Liebknechts — „wieder nach Karlsbad gehen, allein es wurde uns gemeldet, die deutsche und die österreichische Regierung beabsichtigen, ihn auszuweisen, und da die Reise zu lang und zu kostspielig war, um es auf eine Ausweisung ankommen zu lassen, ging er — zu seinem größten Nachteil, denn nach der Kur dort fühlte er sich immer wie neugeboren — nicht mehr nach Karlsbad.“ Daß die Nachricht, Marx sei von der Ausweisung durch die deutsche und österreichische Regierung bedroht, keineswegs aus der Luft gegriffen war, sollte er bald genug erfahren. Marx fuhr nämlich nach Berlin, um dort einen Verwandten zu besuchen. Er blieb nur wenige Tage dort. Eine Stunde, nachdem Marx das Hotel, in dem er logierte, verlassen hatte, erschien die hohe Polizei.

Marx' Zustand verschlimmerte sich immer mehr. Die Karlsbader Quellen aber, deren Heilkraft schon so manchen reichen Schurken verlängert, waren für ihn nicht mehr vorhanden. Die fernere Anwesenheit des großen Denkers in Karlsbad hätte nach der Meinung der österreichischen Polizeigeheime das Staatswohl gefährden können. Vielleicht wäre sonst noch nicht am 14. März 1883 dieses Leben erloschen, das der Arbeiterklasse aller Länder so unendlich teuer war.

Wer hat den Blitzableiter erfunden? Allgemein gilt ja Benjamin Franklin für den Erfinder des Blitzableiters, und man wird ihm wohl auch diese Tat, um derenwillen er noch berühmter ist als wegen seiner politischen Laufbahn, nicht streitig machen können. Immerhin besteht er einen Zweifel, wie in einem Aufsatz der „Autographen-Rundschau“ aufgeführt wird, in dem österreichischen Kanonikus Divisch. Es steht fest, daß Franklin in den ersten Blitzableiter auf seinem Wohnbau aufstellte, während Divisch erst am 18. Juni 1754 auf einem Baum neben seinem Pfarrhaus seine „Wettermaschine“ errichtete. Doch hat der Kanonikus, der in Wien naturwissenschaftliche Vorlesungen hielt und bereits bei elektrischem Licht zu lesen verstand, schon 1750, also zwei Jahre vor der praktischen Anwendung des ersten Blitzableiters, die Blitzableitertheorie folgerichtig entwickelt, ist also zum mindesten mit der Ausarbeitung der Idee Franklin vorangegangen. Aber auch auf diese Erfindung paßt wie auf so manche des weise Wort Ben Adias, daß alles schon dagewesen ist. Schon fast 3000 Jahre vor Franklin und Divisch hat man „dem Himmel den Blitz geraubt“. In einer merkwürdigen Hieroglyphenschrift an den Tempeln zu Gifu und Dendera wird eine Vorrichtung erwähnt, nach der hohe kupferbeschlagene Holzmasten an den Tempeln zu dem Zweck aufgestellt wurden, Schutz gegen Blitzschlag zu bieten.

Waisenaufnahmen. Sonntag, den 18. 9/1, Uhr vorm., finden Waisenaufnahmen durch Direktionsbeamte im Neuen Museum (Die Waisenaufnahme von Waisenaufnahmen) im Museum für Völkerkunde (Der japanische Waisenaufnahme) sowie um 11 Uhr normiert im Kaiserlichen Museum (Waisenaufnahmen) statt. Eintrittskarten zu 1 Kr. sind in beschränkter Zahl vor Beginn der Aufnahmen am Eingang der betreffenden Museen erhältlich.

Das Münchner-Cheflet veranstaltet am Sonntag, den 18. abends 8 Uhr, im Blüthner-Saal einen Zirkus- und Waisenaufnahmen unter Leitung von Camillo Hildebrand.

Gewerkschaftsbewegung

Gedächtniskundgebung am 18. März.

Zur 75. Wiederkehr des Revolutionstages von 1848 haben die sozialistischen Parteien zu einer Kundgebung am morgigen Sonntag aufgerufen.

Wir rufen die Mitglieder der uns angeschlossenen Gewerkschaften auf, sich diesen Kundgebungen ihrer Parteien anzuschließen.

Die Revolution von 1848 war zwar eine bürgerliche, aber das Bürgertum hat seine Vorkämpfer nicht nur schon längst vergessen, sondern auch verraten.

Die Arbeiterschaft hat das Erbe der Revolution übernommen und treu gehütet. Sie allein hat darum ein Recht, der Opfer von 1848 zu gedenken und erneut zu geloben, daß die Revolution fortgeführt wird, bis die Ideale der 1848er Kämpfer in ihrem ganzen Umfang erfüllt sind.

Wir erwarten darum von der Arbeiterschaft, daß sie an diesen Kundgebungen teilnimmt, damit sie zu einem flammenden Protest gegen die Reaktion und einem Gelöbnis für die Republik werden.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Lohnvorschüsse statt Lohnerhöhungen.

Der Standpunkt der Berliner Gemeindegewerkschaften.

Die vom Lohnrat für die Gemeindegewerkschaften Groß-Berlins zum Donnerstagabend nach „Boeters Festtagen“ einberufene Funktionärerversammlung hatte eine starke Beteiligung aufzuweisen. Galt es doch, Stellung zum Verhandlungsergebnis über die Märzlöhne zu nehmen. Ueber den Verlauf der Verhandlungen berichtete Polenske. Die Lohnkommission hatte dem Magistrat die Forderung unterbreitet, auf die Februarlöhne eine Nachzahlung von 40 000 M. zu gewähren und einen wöchentlichen Vorschuß in Höhe von 10 000 M. bis zur Regelung der Märzlöhne zu zahlen. Als Löhne für März wurden für die Handwerker 1500, die Angelernten 1450 und die Ungelehrten 1430 M. gefordert. Für Frauen 75 Proz. von den Löhnen und für Jugendliche eine entsprechende Lohnerhöhung. Ferner sollte die Frauen- und Kinderbeihilfe auf 70 M. erhöht werden. Bei den Verhandlungen erklärte der Magistrat, daß er an die Beschlüsse gebunden sei, die für die Reichslöhne maßgebend sind. Deshalb könnte er keine Zusicherungen machen.

Die angerufenen Schlichtungsstellen des Reichsarbeitsministeriums fällte einen Schiedsspruch, in dem gesagt wird, daß sie im Hinblick auf die Erklärung der Magistratsvertreter, nach der binnen kurzer Frist eine Regelung der Löhne für die Reichsarbeiter erfolgen werde, nicht in der Lage sei, dem Antrag auf Nachzahlung und Regelung der Löhne nachzukommen.

In einer nachmaligen Verhandlung mit den Magistratsvertretern wurde die Zahlung zweiwöchentlicher Vorschüsse bis zur Regelung der Märzlöhne, die im April erfolgen soll, zugesagt. Es sollen an Vorschuß zweimächtig erhalten:

Bediagte Handwerker 92 832 M., verheiratete 98 400 M., mit einem Kind 103 968 M., Angelernte 88 896 M., 94 464 M., 100 032 M., Ungelehrte 86 976 M., 92 544 M., 98 112 M. Für Verheiratete mit zwei Kindern wird der Vorschuß entsprechend höher bemessen und für jedes Familienglied erhöht er sich um 5568 M.

Polenske bemerkte am Schluß seiner Ausführungen, daß das Reich mit einem Preisabbau rechnen und daher nun dort eine Erhöhung der Löhne zugelassen wolle, wo diese unter denen der Industrie liegen. Von einem wirtschaftlichen Preisabbau sei aber nichts wahrzunehmen. Die Große Tarifkommission hat der vorläufigen Regelung einhellig zugestimmt und der Funktionärerversammlung folgende Resolution zur Annahme empfohlen:

„Die Große Tarifkommission und die Funktionärerversammlung des Lohnrates für die Gemeinde- und Staatsbetriebe erklären die Form einer Lohnvorschußzahlung angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Lage für unannehmlich. Die Körperschaften sind der Auffassung, daß nur eine allgemeine Aufbesserung der Löhne und Gehälter der gegenwärtigen Wirtschaftslage Rechnung trägt. Sie bedauern deswegen außerordentlich, daß die vom Lohnrat gestellten Anträge abgelehnt worden sind. Wenn sie trotzdem dem Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums ihre Zustimmung geben, so nur deswegen, weil die Notlage der städtischen und staatlichen Arbeiter und Angestellten es erfordert, daß ihnen umgehend Geldbeträge zufließen.“

Die Versammelten erwarten, daß bei den umgehend stattfindenden neuen Verhandlungen eine den jetzigen Verhältnissen entsprechende Aufbesserung der Löhne und Gehälter erfolgt.“

Den Schluß der Verhandlung bildeten interne Verbandsangelegenheiten.

Zum Beamtenrätegesetz.

Auf besonderen Wunsch bringen wir nachträglich die in der Beamtenräteversammlung in Berlin in den Sophienböden nach dem Referat des Genossen B. e u n i g einstimmig angenommene Forderung der Berliner Beamenschaft zum Beamtenrätegesetz und zur Reform des Allgemeinen Beamtenrechtes. Die Entscheidung verlangt, daß insbesondere nachstehende Grundsätze berücksichtigt werden:

1. Gleichberechtigte Mitbestimmung der Beamtenräte in allen Fragen des Dienstverhältnisses.
2. Ausdehnung der Zuständigkeit der Schlichtungsstellen auf Streitfälle aus dem Dienstverhältnis, z. B. Regelung der Arbeitszeit, Aufstellung der Dienstpläne usw.
3. Ausreichende Schutzbestimmungen gegen Kündigung, Entlassung oder unbedingte Verschickung von Kündigungsbeamten, Diätaren und Beamtenanwärtern.
4. Besondere Schutzbestimmungen für die Mitglieder der Beamtenräte gegen jede Benachteiligung aus Anlaß ihrer gesetzlichen Tätigkeit.
5. Außerdem fordern die Versammelten Beschleunigung der Vorarbeiten zur Reform des Allgemeinen Beamtenrechtes und baldige Verabschiedung der Beamtenrätegesetze.
6. Die in Regierungskreisen beabsichtigte personalpolitische Trennung der Hoheitsverwaltungen von den Betriebsverwaltungen wird abgelehnt. Soweit im Beamtenrätegesetz und bei der Reform des Allgemeinen Beamtenrechtes eine besondere Behandlung bestimmter Gruppen von Beamten der Hoheits- und Betriebsverwaltungen sich als notwendig erweist, muß die Trennungslinie so gezogen werden, daß die Interessen der großen Mehrheit der Beamten dabei nicht beeinträchtigt werden. Den Staatsinteressen kann im Beamtenrätegesetz in der Weise entsprochen werden, daß bestimmte Gruppen von Beamten, die als direkte Vertreter der Verwaltungshoheit anzusehen sind, oder die vermöge ihrer Stellung einen entscheidenden Einfluß auf die persönlichen und dienstlichen Verhältnisse anderer Beamten ausüben in der Lage sind oder in einem besonderen Vertrauensverhältnis zur vor-

gelegten Behörde stehen, vom Beamtenrätegesetz ausgenommen werden.

Die Entscheidung bringt ferner zum Ausdruck, daß die Erklärung der Reichsregierung über die Errichtung und die Befugnisse der Schlichtungsausschüsse vollkommen ungenügend sei und die daran geknüpften Bedingungen und Bemerkungen die schärfste Zurückweisung durch den Reichstag erfordern.

Ständige Gewerbegerichtsbeisitzer!

Heute, Sonnabend, letzter Tag zur Wahl der Kuratoriumsmitglieder! Jeder muß noch heute sein Wahlrecht ausüben und seine Stimme der Liste I (Liste Ziska) geben!

Allgemeiner freier Angestelltenbund. Ortskartell Gr.-Berlin. Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Generalversammlung des Verkehrsbundes.

Die von den Delegierten aller Sektionen stark besuchte Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ließ infolge der außergewöhnlichen Zahl der Galeriebesucher auf besondere Überraschungen schließen. Darauf deuteten auch gleich die vor Eintritt in die Tagesordnung gestellten Geschäftsordnungsanträge der KPD-Anhänger hin, denen es besonders darauf ankam, die Wahl der Bezirksverwaltung, Sektionsleiter und Verwaltungsmitglieder zu verhindern. Ihre diesbezüglichen Anträge fanden Ablehnung.

Aus dem Bericht für das 4. Quartal 1922 und dem Jahresbericht für 1922 geht hervor, daß das abgelaufene Jahr eine Reihe ununterbrochener Lohnbewegungen und Wirtschaftskämpfe war. Bei der außerordentlich katastrophalen Geldentwertung war es dennoch nicht möglich, den Reallohn vor weiterem Abgleiten zu sichern. Immerhin ist es dank der unermüdbaren Tätigkeit aller Funktionäre der Organisation gelungen, die Löhne vornehmlich im Transportgewerbe mit an erster Stelle in Groß-Berlin zu erhalten. Ferner wurde auf die vermehrte Arbeitslosigkeit verwiesen, und dringend gefordert, alle freierwerbenden Stellen sogleich dem Arbeitsnachweis mitzuteilen, um ungesäumte Wiederbeschaffung zu ermöglichen. Beim Kassenericht wurde besonders auf die Neuordnung der Beitragskasserung und die dazu im „Mitteilungsblatt“ veröffentlichten Ausführungen verwiesen.

Nachdem mehrere Diskussionsredner zum Geschäftsbericht und den vorliegenden Anträgen gesprochen hatten, fand ein Schlußantrag die Zustimmung der Delegierten. Darob große Entrüstung bei den Anhängern der KPD im Saal und auf den Galerien, die sich in der üblichen Weise gegen die übergroße Versammlungsmehrheit Luft machte. Es tritt wieder Ruhe ein, nachdem die Kapelle, der Aufforderung ihres Führers folgend, den Saal verlassen haben. Der Auffassung des Versammlungsleiters, den lärmenden Unterbrechungen der Galerieanhörer in Zukunft vorzubeugen, wurde alleseitig zugestimmt.

Dem Antrag auf Eingliederung der Sektion VIII in die anderen Sektionen wurde zugestimmt, ebenso der Erhebung eines obligatorischen Ortsbeitrages unter Fortfall der bisherigen Agitationskosten. Der Antrag auf Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Mitglieder Hermann Grothe und Hartmann wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Die bisherige Bezirksleitung wurde gegen eine Stimme wiedergewählt, ebenso werden die Vorschläge der Sektionen für die engere Bezirksversammlung angenommen. Auch die Wahlen der Sektionsleiter werden fast einstimmig nachgezogen, mit Ausnahme der Sektionen V und VIII, die wegen eingelauner Proteste nochmals an die Sektionen zurückverwiesen werden.

Kommunistische Irreführung.

Der Deutsche Landarbeiterverband schreibt uns:

In Nr. 4 der „Kommunistin“ (Frauenzeitung der KPD) vom 15. Februar 1923 wird ein Brief einer angehenden Landarbeiterin abgedruckt, der einiges über Mißstände in den ländlichen Arbeitsverhältnissen zu berichten weiß. Dem Bericht wird ein von der Redaktion verfaßter Kommentar vorangeschickt, in dem dem Leser folgende Behauptung aufgetischt wird:

„Der Deutsche Landarbeiterverband hat vor kurzem seine Einwilligung zu einer durchschnittlich 11 stündigen Arbeitszeit auf dem Lande gegeben. Ebenfalls erklärte er sich damit einverstanden, daß die Frauen der Deputatarbeiter zwangsweise auf den Gütern arbeiten müßten.“

Die in diesen Zeilen zum Ausdruck kommende Behauptung stellt eine unerhörte Irreführung dar. Es wird darin das Höchstmäß von Verdächtigung geleistet, der der Deutsche Landarbeiterverband ständig durch diese Kreise ausgelegt ist. Soll etwa auf diese Weise bei der deutschen Arbeiterschaft Verständnis für die geradezu miserablen Verhältnisse hervorgerufen werden, unter denen das russische Proletariat zu arbeiten gezwungen ist? Ist doch bei der Unterjochung der Arbeitsverhältnisse in einigen Privatbetrieben in Ostau nach einem Bericht des „Kommunistischen Trud“ vom 24. November 1921 festgestellt worden, daß von insgesamt 377 inspizierten Betrieben gearbeitet wurde: in 192 Betrieben je 9 Stunden, in 44 Betrieben je 10 bis 12 Stunden, in 11 Betrieben 14 bis 16 Stunden, in 44 Betrieben unbestimmt, weil die Arbeiter solange arbeiteten, wie der Unternehmer befehl.

Zu der Sache selbst ist zu bemerken, daß der Deutsche Landarbeiterverband an keiner Stelle Verpflichtungen eingegangen ist oder einzugehen beabsichtigt, die mit den angezogenen Behauptungen in Übereinstimmung stehen. Unter Zugrundelegung von 300 Arbeitstagen pro Jahr müßte bei einer durchschnittlichen 11stündigen Arbeitszeit eine Jahresstundenzahl von 3300 herauskommen. Weder eine Bestimmung der Landarbeitsordnung noch eine vom Deutschen Landarbeiterverband eingegangene tarifliche Vereinbarung sieht eine derartige Festlegung vor. Als Forderung für die Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft wird vom Deutschen Landarbeiterverband der auch in der Nr. 11 Nummer des „Landarbeiter“ beknagte Beschlusses des Exekutivkomitees der Internationalen Landarbeiterföderation angeführt, der folgendes besagt:

„Das Exekutivkomitee erklärt sich für die Einführung des Achtstundentages in der Landwirtschaft. In Anerkennung der Schwierigkeiten in einzelnen Ländern, die durch die ökonomischen und klimatischen Verhältnisse hervorgerufen sind, fordern wir für die Gegenwart einen Arbeitstag, der neun Stunden nicht überschreiten soll. Je nach den Verhältnissen in einzelnen Ländern in bezug auf Klima, Tageslicht usw. soll eine Anpassung der durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit den einzelnen Jahreszeiten entsprechend erfolgen.“

Der Vorwurf, der Deutsche Landarbeiterverband habe sich auf

eine zwangsweise Beschäftigung der Deputatarbeiterinnen eingelassen, erscheint so niedrig und verleumdend, daß wir uns aus Reinlichkeitsgründen hierzu einer Aufklärung enthalten.

Hoffentlich findet die Schriftleitung der „Kommunistin“ den Mut, ihren Lesern von dieser Sachlage Kenntnis zu geben. Nach den bisherigen Erfahrungen mit den kommunistischen Organen muß dies allerdings bezweifelt werden.

Achtung, Bauarbeiter!

Die Ortsverwaltung des Deutschen Bauarbeiterbundes, Bau-Gewerkschaft Berlin, schreibt uns:

In der Ausgabe der „Noten-Rahne“ vom Freitag ist ein Inserat enthalten, das unsere Mitglieder zu gemeinsamen Versammlungen mit dem sogenannten Verband der Ausgeschlossenen einladet. Wir erklären die Annonce als Schwindel. Unsere Organisation hat mit den Zerstörern unseres Verbandes nichts gemein. Die letzte Generalversammlung hat den Zerstörern einstimmig die richtige Antwort gegeben, und nun versuchen sie erneut nach Moskauer Methode mit Schwindel und Lüge unsere Mitglieder irre zu führen. Bauarbeiter! Laßt dieses Väterdugend unter sich. Bleibt den Versammlungen fern, die nur zur Verhinderung unseres Verbandes und zur Spaltung der Arbeiterschaft einberufen sind.

Zum Bergarbeiterstreik im Saargebiet.

Der Streik der Saarbergleute, der bereits fünf Wochen währt, beeinträchtigt in hohem Maße das Wirtschaftsleben des Saargebietes durch den Mangel an Kohlen, der sich insbesondere auch in der Saarpfalz bemerkbar macht. Die Halzwerte können keinen Kraftstrom mehr abgeben, so daß auch die Kleinbetriebe nicht mehr weiterarbeiten können. Die größeren Betriebe sind meist schon stillgelegt. Offenbar soll durch den Druck auf das Wirtschaftsleben die Bevölkerung gegen die Bergarbeiter aufgebracht werden, damit sie die Arbeit ohne Lohnerhöhung wieder aufnehmen. Diese Spekulation ist jedoch verfehlt. Der „St. Ingberter Anzeiger“, ein bürgerliches Blatt, fordert die Saarregierung auf, endlich einzugreifen. Es handle sich um die Erfüllung einer einfachen Lohnforderung, die ohne Schwierigkeiten möglich sei. Durch den Verfall der Grubenbauten und den Verfall des ganzen Verwaltungsapparats seien allein schon mehr Werte verschwendet, als die Lohnerhöhung für mehrere Monate ausmache. Einem Nachtprinzips zuliebe werde die gesamte Volkswirtschaft geschädigt. Von der Berechtigung der Forderung der Bergarbeiter sei die ganze Bevölkerung überzeugt.

Umso mehr ist es notwendig, daß wir die streikenden Saarbergleute, die in geradezu musterhafter Haltung und Geschlossenheit ihren schweren Kampf führen, nicht vergeßen, sondern sie unterstützen, daß sie ihren Kampf weiter führen und ihn erfolgreich beenden können.

Genosse Dr. A. Striener hat die Redaktion der „Betriebsrätezeitung“ des ADGB und des KPD-Bundes niedergelegt. In den beiden Jahren seiner Tätigkeit hat Dr. Striener sein ganzes Wissen und Können zur Belebung und Erziehung der Betriebsräte eingesetzt. Er hielt jedoch die sozialistische Auffassung in vielen Punkten für überwunden, womit er in einen starken Gegensatz auch zu den Kreisen kam, die ihn persönlich der Lauterkeit seiner Gesinnung, des Freimuthes seiner Ueberzeugung und der Ehrlichkeit seines Willens halber zu schätzen wissen. Sein Nachfolger in der Redaktion ist der Genosse Clemens Körpel.

Für das Ofenheizergewerbe des Tarifgebietes Groß-Berlin wurden vor der Schlichtungsstelle des Demobilisationskommissars folgende Märzlöhne vereinbart: Für die Zeit vom 4. bis 10. März Stundenlohn 1560 M., Akkordzuschlag 149 900 Proz.; vom 11. bis 17. März 1650 M., Akkordzuschlag 164 900 Proz.; vom 18. bis 31. März 1750 M., Akkordzuschlag 174 900 Proz. Träger auf Bauten erhalten den Stundenlohn der Gesellen. Für die Arbeiter gelten folgende Richtlinien: 14 bis 16 Jahre alt 25 Proz., 16 bis 18 Jahre alt 33 1/2 Proz., 18 bis 21 Jahre alt 45 Proz., über 21 Jahre alt 55 Proz. des Gesellenlohnes.

Metallformer der Richtung Arbeiter. Montag, 6 Uhr, Vertrauensmännerversammlung im Schlichter, Wiener Str. 71. Mitgliedsbuch legitimiert. Gruppe Arbeiter der Bauergewerkschaft. Montag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Bericht der Tarifkommission. Kündigung des Tarifvertrages. In dieser Versammlung müssen alle Kollegen erscheinen! Mitgliedsbücher sind vorzulegen. Deutscher Bauergewerksbund. Montag 5 Uhr im Dresdener Kasino, Dresdener Straße 16. Beauftragtenversammlung, Erziehen aller Beauftragten und Betriebsräte unbedingt notwendig. Mitgliedsbuch und Betriebsrätelegitimation legitimiert.

Aus der Partei.

Der Verband sozialistischer Studenten Deutschlands und Österreichs hielt am 15. März in Frankfurt a. M. seine diesjährige Delegiertenversammlung ab, auf der die sozialistischen Gruppen von 17 deutschen und österreichischen Hochschulen und der Berliner freien Hochschule für Staats- und Wirtschaftswissenschaften vertreten waren. Aus dem Gassen- und Tätigkeitsbericht des Verbandes geht hervor, daß die Tätigkeit der einzelnen Ortsgruppen in jeder Beziehung eine recht rege war. Die Zahl der Mitglieder und Ortsgruppen ist gewachsen. Die Politik des sozialistischen Studentenverbandes gegenüber dem Kartell republikanischer Studenten wurde gebilligt. Genosse Prof. Dr. S i n g e i m e r, der die Delegiertenversammlung im Namen des Parteivorstandes begrüßt hatte, referierte später über die Aufgaben des sozialistischen Studenten im Verhältnis zu seiner Partei. Seine Ausführungen, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden, sollen als Prosjahre herausgegeben werden. Dem Referat folgte eine ausführliche Debatte.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Glode, Berlin. Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3. 5. Blatt.

Bei Husten, Asthma und Lungenleiden
 Sanitätsrat Dr. Wegschalders Brust-Tee nach Original-Vorschrift herges. dilt. — Zu haben: Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz

Erstklassige Herrenbekleidung
 Anzüge, Paletots, Schlüpper, prima Stoffe fertig und nach Maß zu billigen Preisen
 MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58

Qualitätstraucher bevorzugen stets
 BATSCHARI CIGARETTEN
 100 P. HONNY

Frau Klein zu vier Jahren Gefängnis verurteilt

Ein Jahr sechs Monate Zuchthaus für Frau Rebbe.

Der Staatsanwalt hatte darum gebeten, die Angeklagte Klein schuldig des Mordes und der Beihilfe zum versuchten Mord, die Angeklagte Rebbe schuldig des versuchten Mordes und der Beihilfe zum Mord zu sprechen, ferner die Angeklagte Kiemer schuldig der Unterlassung einer Anzeige oder Warnung vor dem Mord.

Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende dann folgenden Urteil: Die Angeklagte Klein wird wegen Totschlags zu vier Jahren Gefängnis, die Angeklagte Rebbe wegen Beihilfe zu einem Jahr sechs Monate Zuchthaus verurteilt. Den beiden Angeklagten werden je neun Monate der Untersuchungshaft angerechnet. Der Angeklagten Klein werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf sechs Jahre, der angeklagten Rebbe auf drei Jahre aberkannt. Die Angeklagte Kiemer wird freigesprochen. Die Angeklagten erklärten, es sich überlegen zu wollen, ob sie sich mit diesem Urteil zufriedengeben.

Der Sinn des Wahrspruches.

Zu dem Ausgang des Prozesses Klein-Rebbe erhalten wir von unserm R.-Berichterstatler folgende Ausführungen:

Es war keine geringe Zumutung an die Lebenserfahrung und Intelligenz der Berliner Geschworenen, als der Staatsanwalt seinen Antrag auf Mord durch das Hinterpfändchen des Gnadenwegs zu retten versuchte. Als nun diese Zumutung durch Jubilanz mildernder Umstände der Frau Klein prompt quittiert wurde, kam das dem siegesicheren Staatsanwalt so unerwartet, daß er die Verneinung derselben in bezug auf Frau Rebbe sogar überhörte und Gefängnisstrafe für sie beantragte. Durch den Vorsitzenden eines Besseren belehrt, hielt er sich nun schadlos, indem er fünf Jahre Zuchthaus forderte. Das Gericht bewies jedoch mehr Gerechtigkeitssinn und erkannte um ein vieles weniger.

Die Geschworenen haben bei der Kompliziertheit der sexualpsychologischen Vorgänge, die zu dem Verbrechen geführt hatten und bei der Uneinigkeit der Sachverständigen sich nicht für die Unzurechnungsfähigkeit der Angeklagten entscheiden können. Vielleicht haben sie auch gefürchtet, daß ein Freispruch ohne Angabe seiner Gründe in der breiten Öffentlichkeit falsch aufgefaßt werden könnte. Würde den Geschworenen die Möglichkeit gegeben sein, durch die Beantwortung einer speziell zu diesem Zwecke gestellten Frage auszusprechen, daß sie zur Verneinung der Schuldfrage durch die Unzurechnungsfähigkeit der Angeklagten gekommen sind, so würden sie vielleicht in so manchen Fällen zur Verneinung der Schuld gelangen. Mit ausschlaggebend für das Urteil wird auch die unglaubliche Gefühlshöhe, die satanisische Grausamkeit und die perfide Niedertracht, die die Angeklagten in ihren Briefen in bezug auf den getöteten Klein zum Ausdruck gebracht haben. Die Geschworenen haben die Frau Rebbe als die Schuldigere erkannt. Sie war nicht nur die aktive, sondern scheute sogar nicht davor zurück, zwecks Anspornung ihrer Freundin Mordversuche an ihrem eigenen Mann vorzutauschen, um die Autorität ihrer Mutter zu mißbrauchen. Bei der moralischen Persönlichkeit des Mannes der Angeklagten reichte das Vorhandensein von Arsenik in seinen Haaren nicht aus, um die Geschworenen den Mordversuch an ihm glauben zu lassen. Ins Zuchthaus wollten die Geschworenen die Frau Rebbe nicht schicken. Sie nickten dem Verteidiger zu, als er meinte, daß dieses Urteil nur die Folge des Umstandes ist, daß sie über das Strafmaß nicht orientiert gewesen waren. So ist nun immer wieder von neuem die Forderung aufzustellen, daß es dem Vorsitzenden zur Pflicht gemacht werde, die Geschworenen über das Strafmaß zu unterrichten, um sie noch gefälltem Wahrspruch nicht unnützen Gewissenkonflikten auszuliefern. Das Urteil besagt, daß die Angeklagten ihre Tat nicht mit voller Ueberlegung ausgeführt haben, sondern im Zustande des Affektes, d. h. in einer Gefühlsaufwallung. Unbändiger Haß, Widerwille, Ekel gegen den brutalen und rücksichtslosen Mann, übermäßige Liebe zueinander bildeten die Kräfte, die die Angeklagten immer wieder zur Tat an-

trieben. Das Interesse der Öffentlichkeit für das persönliche Schicksal der Angeklagten dürfte durch das gefällte Urteil erschöpft sein. Die soziale Ausbeute dieser kriminellen Tragödie erheischt gebieterisch noch eine besondere Betrachtung.

Aus der Rede des Verteidigers der Frau Klein, Rechtsanwalts Dr. Brandt, seien folgende Ausführungen nachgetragen: Die Angeklagte Klein hat eine einzige Kette von Brutaltaten, Erniedrigungen und sexueller Ausschweifungen der widerwärtigsten Art erdulden müssen. Es handelt sich um eine unglückliche Frau an der Seite eines vertierten Mannes. Unter den Geschworenen befindet sich keine Frau, die Aufschluß geben könnte über die Leiden einer Frau an der Seite eines solchen Mannes. Und doch, meine Herren Geschworenen, habe ich das Gefühl, daß Sie, als Männer, auch der Sache dieser Frau gerecht werden. Die Angeklagte Klein steht zu ihrer Tat und gibt sie zu. Diese Frau aus dem Volke hat mit klaren Worten dargelegt, was sie befehle: der Haß und der Ekel gegen ihren Ehemann. Dem Ehemann Klein soll kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß er ein Kommunistenführer war, an den Straßenkämpfen teilnahm und sich auch als „Dachhase“ betätigte, indem er hinterwärts auf die Regierungstruppen schoß. Aber die Anhänger der kommunistischen Partei sind Fanatiker und neigen zu Gewalttätigkeiten. Dieser Zug des Klein bestätigt die Behauptung seiner Frau, daß er einen gewalttätigen Charakter besessen habe. Werd kommt nicht in Frage, da die Sachverständigen die Ueberlegungsfähigkeit der Angeklagten verneinen. Auch zur Vergiftung muß eine gewisse Ueberlegungsfähigkeit vorhanden sein. Objektiv handelt es sich nach dem Geständnis der Angeklagten um eine vorsätzliche Tötung, aber subjektiv stehe ich auf dem Standpunkt, daß auch hier keine Bestrafung eintreten kann, weil die Angeklagte wegen ihres Geisteszustandes strafrechtlich nicht verantwortlich ist. Eine Verurteilung kann nur erfolgen, wenn mit Sicherheit feststeht, daß § 51 nicht zutrifft. Bei den sich widersprechenden Gutachten ist dies nicht der Fall. Zweifel genügen, um die Schuldfrage zu verneinen. Jedoch auch ohne die Gutachten müssen die Geschworenen zu dieser Ansicht kommen. Bei der Kette von Brutaltaten, die die Angeklagte erdulden mußte, ist es nicht zu verwundern, daß sie sich schließlich vergaß und nicht mehr wußte, was sie tat. Die Geschworenen dürfen sich nicht von einem Freispruch zurückhalten lassen durch den Gedanken, daß dann die Tat nicht gefürchtet sei. Die Sühne der Angeklagten ist das Martyrium ihrer Ehe. Die Urschuld lag bei dem Manne. Aus diesem Grunde hat Dr. Brandt die Geschworenen, alle Schuldfragen zu verneinen und die Angeklagte Klein freizusprechen.

Rechtsanwalt Dr. Gähel als Verteidiger der Angeklagten Rebbe und Kiemer schilderte die körperlichen und seelischen Bergewaltigungen, die die Angeklagte Rebbe in ihrer Ehe durchgemacht habe und die sie sogar zu einem Selbstmordversuch getrieben hätten. In ihrer heillosen Herrlichkeit lernte sie Frau Klein kennen, die das gleiche Ehepartnerin erduldet. Ein Beweis, daß Frau Rebbe ihrem Manne Gift beigebracht habe, lasse sich nicht erbringen. Auch gegen Frau Kiemer sei nichts erwiesen. Der Verteidiger beantragte für Frau Rebbe und Frau Kiemer Freisprechung. Die drei Angeklagten verzichteten auf das ihnen zustehende letzte Wort. Das Gericht entschied auf Grund des Wahrspruches der Geschworenen wie oben mitgeteilt.

Gereinigter Wald.

Die Berliner, die im Frühjahr, wenn noch die Einnahmen zum Jahrgeld langen, ihre erste Landpartie unternehmen, werden eine Ueberbahrung erleben. Unendlich viel Tinte und Druckerschwärze ist verschpilt worden, um die Ausflügler davon abzuhalten, daß sie Stullenpapierfahndungsmägen aus unseren märkischen Wäldern. Es war nicht mehr schön, wie es da früher ausah. An den natur-

schönsten Stellen lag auch das meiste achtlos weggeworfene Papier neben Eierschalen und Flaschenherben. Was die eindringlichsten Predigten nicht fertig brachten, das hat die Geldentwertung und der Ausflügel der unscheinbarsten Kleinigkeiten zu Wertobjekten erreicht. Heute sind unsere Wälder vom Stullenpapier, das hier früher jahrelang ungehindert dem Zeretzungsprozeß entgegenging und jedem ästhetisch empfindenden Menschen den Genuß an der Natur verbar, fast ganz gereinigt. Arbeitslose und Arme-Leute-Spekulanten sind während des ziemlich schneefrei gebliebenen Winters zu vielen Hunderten in die märkischen Wälder gepilgert und haben das Stullenpapier, von dem gegenwärtig das Kilo mit mindestens 200 M. bezahlt wird, in Massen aufgesammelt. Es ist kein angenehmes, sogar ein mühseliges Geschäft, das im Laufe eines Tages ungezählte Tote den „Giftpflanzen“ in Bewegung setzt und das Rückgrat trümmt, aber es schützt gegen die äußerste Not. Der Sommer wird uns voraussichtlich die Fortsetzung dieses rühmlichen Reinigungsprozesses bringen. Es wird nicht mehr nötig sein, daß beispielsweise im Treptower Park am Montag früh ein halbes Hundert alter Weibchen aufmarschieren, um auf der großen Spielwiese wieder Grün aus Weiß zu machen. Die aus der Not unserer Zeit geborenen gewerbmäßigen Papierfahndler werden schon am Sonntag auf dem Posten sein und einer dem anderen jeden Papierfetzen wegzufischen suchen. Dem Magistrat kann es recht sein. Er spart Geld für das, was lange genug Unkultur war.

Milchpreiserhöhung.

Eine Berichtigung des Reichslandbundes.

Der Reichslandbund verbreitet durch die Telunion eine Erklärung zu der auch von uns gebrachten Mitteilung über die bevorstehende Aenderung der Milchpreisberechnung. Er weist darauf hin, daß die augenblickliche Relation Milch zu Butter wie 1 : 10% seit dem Abschluß des Vertrages von Anfang Dezember ganz wesentlich zuungunsten der Landwirte sich verschoben habe. Inzwischen sei eine Frachterhöhung pro Liter von etwa 25 M. eingetreten. Außerdem sei früher die amtliche Butternotierung frei Berlin einschließlich Fracht erfolgt, während jetzt bei Notierung die Kosten der Butter ab Verlandstation exklusive Fracht zugrunde liege. Das bedeute eine weitere Vertiefung der Milch zu Kosten der Erzeuger von mindestens 30 M. Die Erhöhung der Relation auf 1 : 9% bedeute nur einen teilweisen Ausgleich des eingetretenen Ausfalls, der eine tatsächliche Aenderung des abgeschlossenen Vertrages mit sich gebracht habe. Bei den Verhandlungen sei mit keinem Wort davon die Rede gewesen, daß die Landwirte einen Anreiz zur Frischmilchlieferung haben müßten. Die Landwirtschaft lehne es mit Rücksicht auf die gesamte politische Lage ausdrücklich ab, einen höheren Milchpreis zu fordern, trotzdem die Bewertung der Milch durch Verarbeitung für sie bedeutend günstiger sei.

Wir werden auf diese Berichtigung der Landwirtschaft zurückkommen, wenn die Ernährungsdeputation sich mit dieser Frage beschäftigt hat. Wenn auch die offiziellen Sprecher der Landwirtschaft die Bereitwilligkeit zur Frischmilchlieferung betonen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß in der Stadt sich die Milchpolonaisen genau wieder so herausgebildet haben wie in der Kriegszeit, während draußen auf dem Lande die Milch oft genug zur Schweinezucht und Viehfütterung verwendet wird. Solange die landwirtschaftlichen Organisationen keine straffere Disziplin bei den Angehörigen ihres Berufes durchführen können, müssen sie schon verstehen, daß die Stimmung ihnen gegenüber mehr wie gereizt ist.

Keine Erhöhung der Postgebühren!

Dem Reichstag ist der Entwurf einer Verordnung zur Aenderung der gesetzlichen Postgebühren zugegangen. Von einer Erhöhung der Postgebühren soll vorerst Abstand genommen werden. Die Vorlage enthält lediglich die Einführung des Drei-Zonen-Tarifs. Der Mindestsatz bei den Drei-Kilo-Paketen beträgt in der ersten Zone 300 M. in der zweiten und dritten Zone 600 M. Bei Paketen über 6 Kilo erhöht sich das Porto nur in der dritten Zone, während in der ersten und zweiten Zone die bisherigen Tariffätze noch bestehen bleiben. Die Erhöhungen betragen von 10 Kilo an aufwärts für jedes weitere Kilo 450 M., das 20-Kilo-Paket kostet 7500 M. Neu ist ferner die Bestimmung, daß die Poststufe für Warenproben sendungen ein Gewicht bis 100 Gramm umfassen

(Nachdruck verboten. Der Welt-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript überfetzt von Julian Gumpertz.

Draußen hatte der Rebel alles ausgelöscht in gleichmäßiger Dunkelheit, die stellenweise in der Nähe der spärlichen Straßenlampen gelb und rot geflekt war. Andrews und Henslowe fühlten ihren Weg tastend die langen Treppenabfänge hinunter aus der ruhigen Dunkelheit in das unruhige Licht und Geräusch heftigerer Straßen hinaus. Der Rebel stieg ihnen in die Kehle und strich an ihren Backen vorbei, wie feuchte Hände.

„Warum sind wir von diesem Restaurant fortgegangen? Ich hätte noch gern etwas mehr mit diesen Leuten gesprochen“, sagte Andrews, „und wir hatten ja auch noch keinen Kaffee getrunken.“

„Aber Mann, wir sind hier in Paris. Wir werden hier nicht lange bleiben. Wir können uns das nicht leisten, lange Zeit an einem Ort zu bleiben. Schon bald Schluß.“

„Der Junge ist ein Maler. Er sagt, er lebt davon, Spielzeug anzufertigen. Hast du gehört?“

Sie gingen schnell eine große, abschüssige Straße hinunter. Unter ihnen erschien bereits der goldene Glanz eines Boulevards. Andrews fuhr fort zu sprechen, fast zu sich selbst:

„Oh, ein wundervolles Leben müßte es sein, hier oben in einem kleinen Zimmer, von dem aus man die große, graue Ausdehnung der Stadt überschauen kann, zu leben, irgendeine absurde Arbeit, von der man existieren kann, zu haben, und alle freie Zeit mit Arbeiten und Konzertbesuchen ausfüllen. Eine ruhige, weiche Existenz. . . Denke an mein Leben früher. Sklavenarbeit in diesem eisernen, metallenen, ebernen Rem York, Artikel über Musik in der Sonntagszeitung schreiben müssen, Gott, und dies. . .“

Sie setzten sich an einen Tisch in einem lärmenden Café.

„Wächstst du das nicht abstreifen?“

Andrews ru auf seiner Uniform mit beiden Händen:

„Oh, ich möchte diese Knöpfe über das ganze Café fliegen lassen, die Vorkämpfer zerschmettern, diesen Dandies von französischen Offizieren ins Gesicht, die so stolz über sich selbst ausgehen, daß sie lange genug am Leben geblieben sind, um siegreich zu sein.“

Der Kellner war ein feierlicher Mann mit einem Bart, der nach dem Vorbild des Premierministers geschnitten war. Er kam mit einer Flasche, die er vor sich hielt und wie religiös

erhob. Er spigte die Lippen mit dem Ausdruck demütigen Zuorkommens und goß die weiße, glänzende Flüssigkeit in die Gläser. Als er geendet hatte, hielt er die Flasche auf mit einer tragischen Geste. Nicht ein Tropfen kam heraus. „Es ist das Ende der guten, alten Zeiten!“ sagte er.

„Nieder mit den guten, alten Zeiten!“ sagte Henslowe. „Ich bin für die guten neuen Zeiten, die wie Zirkusparaden sind!“

„Ich weiß nicht, für wie viele Leute wohl deine Zirkusparaden gut sind“, sagte Andrews.

„Wo wirst du die Nacht verbringen?“ fragte Henslowe.

„Weiß nicht. Werde wohl schon ein Hotel oder so was ähnliches finden.“

„Komm doch mit mir und besuche Berte. Die hat sicher Freunde.“

„Ich will allein umhergehen. Nicht, daß ich Bertes Freunde verachte“, meinte Andrews. „Aber ich sehne mich so nach Einsamkeit.“

John Andrews ging die Straße hinunter, die voll treibenden Rebels war. Dann und wann fuhr eine Droschke an ihm vorbei und ratterte fort in die Dunkelheit. Verstreute Gruppen von Leuten strömten um ihn, ihre Schritte klangen hohl im Rebel. Es war ihm gleich, welchen Weg er ging; er marschierte weiter, kreuzte breite, menschengefüllte Straßen, wo die Lichter Muster von Gold und Orange auf den Rebel flüchten, strich über weite, verlassene Plätze, tauchte in enge Straßen, wo andere Schritte dann und wann einen Augenblick scharf ertönten und wieder erstarben und nichts in seinen Ohren zurückließen, wenn er stillstand, um zu horchen, als das entfernte Atmen der Stadt. Endlich kam er am Fluß herauf, wo der Rebel am dichtesten und fältesten war, wo er das Wasser an den Pfeilern der Brücke vorbeigurgeln hören konnte.

Die Lichter stammten auf und verblähten, glühten und verblähten, wie er weiterkroch, und manchmal konnte er sogar die nackten Zweige von Bäumen erkennen, in den Lichtkreisen der Lampen. Der Rebel liebte ihn beruhigend, und Schatten schneller an ihm vorbei, ließen ihn die sanften Kurven von Wangen und aus dem Rebel und der Dunkelheit heraus glänzende Augen erkennen. Freundliche, vertraute Menschen schienen den Rebel bevölkert zu haben. Das ferne Murren der Stadt traf auf sein Ohr wie der Laut von Freundesstimmen.

Von dem Mädchen an einem Kreuzweg, singend unter den Lampen der Straße und Rosen zerpfückend. . . all die Wünsche deiner Phantasie. . .

Das murmelnde Leben um ihn herum setzte sich in lange,

modulierte Sentenzen um, Sentenzen, die ihm ein Gefühl ruhigen Wohlseins gaben, als ob er auf ein Basrelief schaue, das tanzende, aus Porzellan geformte Menschen in irgendeiner attischen Werkstatt darstellt.

Einmal blieb er stehen und beugte sich eine Weile gegen den mit Feuchtigkeit behangenen Pfahl einer Laterne. Zwei Schatten formten sich beim Zugehen auf ihn zu den Gestalten eines lahmen Jungen und eines barhäuptigen Mädchens, die eng umschlungen waren. Der Junge hinkte ein wenig, und seine Samtaugen schauten sehnsüchtig aus. John Andrews war plötzlich voll pochender Erwartung, als ob die beiden auf ihn zukommen würden und ihre Hände auf seine Arme legen und irgendein Geheimnis von ungeheurer Bedeutung für sein Leben enthüllen würden. Aber als sie in den vollen Schein der Lampe traten, sah Andrews, daß er sich geirrt hatte. Es waren nicht der Junge und das Mädchen, mit denen er gesprochen hatte.

Er ging eilig fort und tauchte in winzige Straßen unter, wo er über das holprige Pflaster schritt und dann und wann durch das Fenster eines Ladens im Licht eine Gruppe von Menschen erschaute, die ruhig am Tisch unter der Lampe saßen, oder er blickte in eine Bar hinein, wo ein müder kleiner Junge mit schweren Augenlidern und ausgerollten Nerven, die graue Arme sehen ließen, Gläser abwusch, oder eine alte Frau, ein formloses Bündel schwarzer Kleider, den Fußboden fegte. Aus Torbogen hörte er Sprechen und sanftes Lachen, Fenster sandten von oben gelbe Strahlen von Licht durch den Rebel. In einem Torbogen zeigte das vage Licht einer Lampe zwei Gestalten, die in enger Umarmung in eins wuchsen. Als Andrews vorbeiging und seine schweren Armeestiefel laut auf das nasse Pflaster schlugen, hoben sie ihre Köpfe langsam. Der Junge hatte Samtaugen und glatte, bartlose Wangen, das Mädchen war barhäuptig und bläute mit ihren braunen Augen unablässig in das Gesicht des Jungen. Andrews' Herz schlug wie wild. Endlich hatte er sie gefunden! Er machte einen Schritt auf sie zu und ging dann schnell weiter, sich ganz im lähmen, verschwimmenden Rebel verlierend. Wieder hatte er sich geirrt. Der Rebel wirbelte um ihn herum, verbergte sehnsüchtige, freundliche Gesichter; Hände, bereit, seine zu ergreifen, Augen, bereit, in seinen Blicken zu leuchten, Lippen, noch kalt vom Rebel und ganz bereit, von seinen Lippen berührt zu werden: Von dem Mädchen an einem Kreuzweg, singend unter den Lampen der Straße. . .

Und er ging fort, weiter, allein durch den treibenden Rebel.

(Fortsetzung folgt.)

Bergarbeiterfragen.

Der Preussische Landtag nahm am Freitag zunächst die nachstehenden Bestimmungen über Anträge und Entschlüsse zum Haushalt der Handels- und Gewerbedirektion vor. Angenommen wird nach einigen Änderungen der bekannte Entschlußantrag unserer Genossen zum Ruhr-einfall, und zwar mit allen Stimmen gegen die Kommunisten. Der kommunistische Antrag wegen Durchführung des Sechshunderttausendklusses wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Eine Reihe von Entschlußanträgen wird an Ausschüsse überwiesen. Darauf folgt die Beratung des Haushalts der Bergverwaltung fort. Zunächst spricht Genosse

Minister Siering:

Für den Handels- und Gewerbehauhalt ist die Ruhrbesetzung bei der überragenden volkswirtschaftlichen Bedeutung für das Deutsche Reich von der einschneidendsten Bedeutung. Der Abwehrkampf hat die

Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft

zum Zweck. Die Stimmung im Ruhrgebiet ist höchste Erbitterung. Trotz aller Aufsprüchungen bewahrt die Bevölkerung eine bewundernswürdige Ruhe; wir müssen aber auch alles für ihre Unterstützung tun und dürfen dabei nicht zögern, alles einzusetzen, um sie zum Ausbrennen zu ermuntern. Eine Verordnung der Franzosen schreibt die Einlieferung der Statuten der Arbeiterorganisationen und Vereine sowie eventuell die Uebergabe der Mitgliederlisten vor. (Hört, hört!) Die Aufrechterhaltung der Versammlungsfreiheit wird gefährdet. Aber auch diese Verordnung wird ihren Zweck verfehlen; sie wird den gleichen Mißerfolg wie ihre Vorgängerinnen ernten. Luxemburg, Belgien und Frankreich haben, das ist der bisherige Haupterfolg der Aktion, einen Hochofen nach dem anderen wegen Mangel an Kohle ausblasen müssen. Das Reich und Preußen haben von Anfang an alles getan, um der Bevölkerung zu helfen, ihr vor allem die Schäden, die sie erleiden muß, zu erleiden. Daneben bedarf es einer großzügigen Operation zur

Leistung von Kredithilfe:

auch die Großindustrie muß mit Kredit versorgt werden. (Hört, hört!) bei den Kommunisten.) Im Ruhrgebiet sind auch die kommunikativen Betriebsräte mit einer Reinigung. Die Franzosen haben jetzt begonnen, die staatlichen Zechen zu besetzen. Wahrscheinlich wird der Versuch bei den anderen Staatszechen fortgesetzt werden. Da an Ausfuhr aus dem Ruhrgebiet ins unbesetzte Gebiet nicht zu denken ist und Arbeitslosigkeit droht, muß für Arbeit gesorgt werden. In den letzten Tagen war viel von Preisabbau die Rede; dieser muß in viel intensiverer Weise einleiten, ehe an eine Stabilisierung oder gar Reduktion der Löhne gedacht werden kann. Der Reallohn ist viel weiter als auf 80 Proz. des Friedensstandes gesunken.

Der Minister gibt dann Auskunft über den gegenwärtigen Stand der Kohlenversorgung Deutschlands. Von den meisten Steinkohlenzechen im unbesetzten Gebiet werden Uberschichten verfahren. Die englische Kohle, die wir einführen müssen, hat eine starke Preissteigerung erfahren, da die Engländer die Konjunktur ausnützen. Wir hoffen, über die derzeitige Katastrophe hinwegzukommen. — Die Vorarbeiten zur Umstellung der Bergwerksverwaltung sind eifrig gefördert worden, die bestmögliche Vorlage geht demnächst an den Staatsrat und dürfte zu Anfang Mai den Landtag beschäftigen. Die Wasserkräfte müssen, soweit irgend möglich, als Ersatz für die Kohle herangezogen werden. In Oberschlesien wird alles aufgegeben werden, um die stillgelegten Kohlenfelder für Deutschland zu erhalten. Die Gefährdungen der letzten dortigen Katastrophen haben bereits zu scharfen Maßnahmen der Verwaltung geführt, deren strikte Durchführung veranlaßt werden wird. Im Oberbergamtsbezirk Breslau sind Personalveränderungen zum gleichen Zweck erfolgt. Dem ausgeschiedenen Oberbergamtspräsidenten Althaus sage ich für seine Amtsführung warmsten Dank.

Nach dem Minister spricht

Abg. Ollertoff (Soz.):

in wirkungsvoller Weise, und seine Darlegungen werden von dem Haus mit wachsendem Interesse verfolgt.

Die organisierte Arbeiterschaft am Rhein, an der Ruhr und an der Saar bildet den

unerschütterlichen Wall gegen den französischen Imperialismus.

Die ganze Welt verfolgt mit gespanntester Aufmerksamkeit das Schauspiel, in dem die Arbeiter sich als neue Großmacht der Welt darstellen. Schon heute darf man den Ausfall an Kohle auf sechs Millionen Tonnen beziffern — eine gewaltige Sache auch für die französische Wirtschaft. Kehrt Frankreich nicht auf dem Wege des Verderbens um, dann wird es noch viel unerfreulichere Erfahrungen machen müssen. Anfangs probierte Poincaré es mit dem Zuckerbrot. Danach kam die Peitsche, ja Schlimmeres als die Peitsche. Schon mancher Bergmann hat ins Gras beißen müssen. Aber auch die Peitsche wird an der Ruhr ihre Wirkung verfehlen, wie das an der Saar bereits der Fall war. Die Ruhrbergleute sind keine Radogastknechte. Schnell ist man auf der Seite der französischen Imperialisten wieder von dem Versuch losgetrennt, die Organisationen der Arbeiter zu sprengen. In der Abwehr des Versuchs der Bespiegelung der Arbeiterorganisationen bestand eine

geschlossene Einheitsfront aller Arbeiter

bis zum ganz linksstehenden Kommunisten.

Der uns vorliegende Etat ist in seinen Ziffern überholt und veraltet. Eine katastrophale Entwicklung, die durch die unzeitige Ruhrbesetzung noch verschärft wurde und uns an den Rand des Abgrundes brachte. Wäre der Laumel der Gewerbetreibenden noch vier Wochen weitergegangen, dann hätte uns der Abgrund verschlungen. Die Leidtragenden sind die Löhne, nicht die Preise. Wir schließen uns ganz den Ausführungen des Kollegen Harsch von den christlichen Arbeitern und denen des Ministers an:

Erst Preisabbau, dann Lohnabbau!

Bei den Lohnverhandlungen der letzten Zeit hat man immer wieder von Seiten der Unternehmer hören müssen, daß die Löhne der Industrie bedenklich sei, daß von nennenswerten Gewinnen bei der Kohle keine Rede sein könne. Der vorliegende Betriebsbericht zwingt aber direkt zu einem Vergleich zwischen Lohnpolitik und Preispolitik. Vom Mai 1920 bis April 1921 keine Kohlenpreissteigerung. Die Materialkosten nur um 36 M. pro Tonne höher. Bei einem Preis von 193,40 M. pro Tonne also 18 Proz. Steigerung. Am 1. April 1921 steigt der Preis auf 227,40 M. pro Tonne, am 1. September 1921 steigt er auf 253,90 M., am 1. Dezember 1921 auf 405,10 M. Es folgen dann noch Erhöhungen am 1. Februar 1922 um 83 M. und am 1. März 1922 um 133,60 M. Wir haben also eine richtige Auswirkung der Kohlenpreissteigerungen erst in den letzten vier Monaten des Betriebsjahres. Und was ist nun das Resultat der Betriebswirtschaft? Es ist ein Reingewinn von 6721 M. pro Belegschaftsmitglied, das sind 30 Proz. der Lohnsumme zu verschleimen. Wenn dieser Staatsbetrieb wirklich so rückständig ist, wie vielfach behauptet

wird, was muß dann erst der private Steinkohlenbergbau verdient haben? Bei den Kalorien im Jahre 1920 608 000 M. Uberschuß, 1921 57,4 Millionen Mark — bei 24 Proz. Fördererhöhung. Jahreslohn der Ruhrbergleute 1921: 15 823 M., Gesamtüberschuß pro Belegschaftsmitglied 20 865 M. Der Voltagewinn der Kohlenindustrie beziffert sich auf gar annähernd 6 Milliarden Mark. Ebenso steht es im Eisenbergbau.

Wir haben es mit typischen Resultaten zu tun. Der Lohnanteil und seine Kaufkraft sanken immer tiefer, während sich die Preispolitik als richtige Profitjagd entpuppt. Der Lohnanteil am Tonnererlös sank auf 18 Proz. bei der Steinkohle. Und bei der Kohle sind noch nicht einmal die größten Gewinne gemacht worden. Viel größer als hier sind die Gewinne der Forstbesitzer und Eisenindustriellen; denn diese Herren erfreuten sich der völlig freien Wirtschaft. Deshalb schließen wir uns der Auffassung der christlichen Arbeiter an:

Erst Preisabbau!

Auch der Ausfall der ober-schlesischen Kohle brachte eine Einengung der Kohlenbasis. Dazu kamen die Reparationslieferungen. Deutschland wurde aus einem Kohlenausfuhrland ein Kohleneinfuhrland. Daher der Zwang zu Uberschichten. Wir hatten einen schweren Stand gegen die kommunistische Demagogie im Kampf um die Kohlenüberschichten. Wenn die kommunistischen Arbeiter sind uns ja selbst vielfach zu Hilfe gekommen. Sie sind zum Glück ein bißchen intelligenter als viele ihrer Führer. Wir danken den kommunistischen Vertrauensleuten, die mit uns für eine vertragliche Regelung eingetreten sind.

Umstellung der Staatsbergwerke

ist schon deshalb dringend notwendig, weil wir sie, wie ich oben gezeigt habe, als Kontrollapparat für die Preispolitik der Privatindustrie brauchen. Auch wir wollen, daß alle überflüssigen Arbeitskräfte im Klassenkampf verschwinden, damit sich der Kampf der Lösung der eigentlichen Probleme zuwenden kann. Was hat es für einen Zweck, wenn sinnlose Torheiten von Selbstschutzverbänden die Arbeiter in den Streit treiben, wie das jetzt aus Oberschlesien gemeldet wird? Jeder Polier noch die Uberschichtarbeit haben uns Anlaß zu solchen Demonstrationen gegeben.

Es sind gestern die Grubenunglücke in Oberschlesien hier im Hause besprochen worden. Wir wollen jedoch das Ausschreiben des alten Oberbergshauptmannes nicht mit tränkendem Schweigen übergehen. Der alte Oberbergshauptmann war ein Mann des alten Systems, aber er war ein offener und ehrlicher Arbeiter, der seine Pflicht getan hat und mit ruhigem Gewissen aus dem Amte scheidet.

Die wissenschaftliche Ausrüstung des Bergbaus

muß selbstverständlich viel stärker gepflegt werden. Für die Ausbildung der Bergleute tun wir lange nicht genug. Uns fehlen heute nicht so sehr die Schächte, uns fehlen vor allem Tausende von Hauern. Die großen Zahlen der Belegschaften machen es nicht. Die Ausbildung ist das wichtigste. Deshalb fordern wir die obligatorische Fortbildungspflicht für alle Bergleute. Wir hoffen, daß wir mit dieser unserer Forderung auch außerhalb unserer Reihen auf Verständnis stoßen. Eine gut durchgebildete Bergarbeiterchaft, die ihr Handwerk versteht und für die neuen Probleme des Bergbaues Verständnis und Interesse besitzt, ist die Grundlage für unsere Kohlenwirtschaft. Nur ein gefunder Bergbau kann unsere Wirtschaft führen und retten. (Starker Beifall im Hause.)

Abg. Dr. v. Waldhausen (Dnat.) verlangt zur Steigerung der Kohlenproduktion die Ausschließung der ober-schlesischen Kohlenlager. Nur ein starker Auslandsabfuhr der Kohlenindustrie, betont der Redner, kann eine Verbilligung des Kalis für unsere Landwirtschaft bringen. Zur Verbilligung trägt die unerhöht hohe Fracht bei. Die Frachterhöhung kostet der deutschen Wirtschaft allein 7 Millionen Mark. (Lebhafte Heil hört!) Eigenes Fuhrwerk ist heute billiger als die staatliche Eisenbahn. Schließlich fordert der deutsch-nationale Redner den Umbau der Kohlensteuer.

Der Redner der Deutschen Volkspartei, Abg. Seidel, verlangt, daß man mit der Umgestaltung der westfälischen Staatsgruben noch warten sollte; denn die Beschlagnahme von Westerboll sei eine Warnung. Die 5000 im Bau begriffenen Bergmannswohnungen im Ruhrgebiet müßten schleunigst fertiggestellt werden. Die Benzololomotoren, deren Beseitigung bei der Befreiung der Grubenunglücksfälle gefordert worden sei, könne man leider im Augenblick im Bergbau noch nicht ganz entbehren.

Abg. Hartmann (Dem.) spricht über den Anschlag des französischen Militarismus auf den 8. Jänner und auf das Verbot der Ruhrarbeiterchaft. Gehe der Militarismus mit Gewalt gegen die Bergarbeiter vor, so werde das nur die Abwehrfront stärken. Die Betriebsräte, die jetzt erweiterte Befugnisse erhalten hätten, würden je länger desto mehr ihrer Aufgabe gewachsen sein und sich ihrer großen Verantwortung bewußt werden.

Nach dem Redner der Demokraten verlegt sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr: Weiterberatung. — Volkswahlfahrt. — Schluß gegen 6 Uhr.

Kohlensteuer.

In der Reichstagsitzung am Freitag wurden die Gegenwürfe über die Gebühren für Arbeitsbücher und die Verlängerung der Zuckerungsfrist der Weine des Jahrganges 1922 debattiert. — In zweiter Beratung wurde nach kurzer Debatte der Initiativantrag aller Parteien — mit Ausnahme der Kommunisten — angenommen, wonach die Unterstellungen der Renteneinpfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung vom 1. März 1923 ab vertrieben, in den besetzten Gebieten aber verfürsacht werden. Der Antrag der Kommunisten, eine sechs- bzw. achtsache Erhöhung vorzunehmen, wurde abgelehnt. — Es folgt dann die zweite Lesung der Kohlensteuervorlage.

Die Kohlensteuer, die im Betrage von 40 Proz. erhoben wird, soll bis zum 31. März 1924 verlängert werden. Die Ermäßigung des Finanzministers, die Kohlensteuer zu ermäßigen oder zu erhöhen, soll nach den Beschlüssen des Ausschusses auch an die Zustimmung eines Reichstagsausschusses gebunden sein.

Abg. Leopold (Dnat.) berichtet für den Ausschuss, der in einer Entschließung von der Regierung verlangt, eine Reduzierung der Steuerbefreiung vorzunehmen, ferner den gemeinnützigen Institutionen und kirchlichen Anstalten, sowie den minderbemittelten Volksteilen den Bezug von Hausbrandkohle zu verbilligen. Ferner beantragt der Ausschuss die sofortige Eingliederung der noch ausstehenden Kohlensteuer.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes erklärt im Namen der Regierung, daß sie sich wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht verschließen wird und bereit ist, einen Beschluß des Reichstagsrats auf

Ermäßigung der Steuerbefreiung als Grundlage für ihre Entschließung zu nehmen. Die Regierung sei sogar bereit, von sich aus die Initiative zur Ermäßigung der Kohlensteuer zu ergreifen unter der Voraussetzung, daß auch der Bergbau bereit sein wird, in gleicher Weise an der Senkung des Kohlenpreises mitzuwirken.

Abg. Giesig (Soz.): Es wird immer wieder behauptet, die hohen Löhne der Bergarbeiter veranlassen in der Hauptsache die hohen Kohlenpreise. Richtig ist, daß der Lohn der Bergarbeiter gestiegen ist und steigen mußte, aber er ist proportional in immer geringerem Maße an der Preissteigerung beteiligt. Die Profitsucht der Grubenbesitzer trägt die Hauptschuld an den hohen Kohlenpreisen. Leider können sich diese Herren wieder auf den hohen Preis des Grubenholzes berufen, gegen den die Regierung nichts getan hat. Aus außenpolitischen Gründen sind wir gegen die Herabsetzung der Kohlensteuer, für ihre Verlängerung bis zum April 1924 und gegen jeden Antrag auf ihre Aufhebung. —

Nach einer Rede des Abg. Koenen (Komm.), der erklärt, seine Partei werde mit den Reden der Sozialdemokraten und den Artiteln des Abg. Giesig die Kohlensteuer bekämpfen, wird die Abstimmung über § 1 vorgenommen, die namentlich ist. Unter lebhaften Zurufen der Kommunisten wird der § 1 mit 295 gegen 8 Stimmen angenommen. Zu § 2 wird auf Antrag der bürgerlichen Parteien beschlossen, daß der Finanzminister ermächtigt ist, Halden- und Kohle freizulassen. Ein kommunistischer Antrag zu § 4 auf sofortige Fälligkeit der Kohlensteuer bei der Befreiung wird abgelehnt und der § 4 unverändert angenommen. — Bei der Beratung über § 10, der 40 Proz. des Wertes als Steuer festsetzt, zieht Abg. Jan-schel (Soz.) auf Grund der Erklärung des Reichsfinanzministers den Antrag seiner Partei auf Ermäßigung der Steuer zurück. § 10 wird unter Ablehnung des kommunistischen Ermäßigungsantrages unverändert angenommen. Bei § 11 wird die Bestimmung, daß der Minister bei Abänderung der Steuer die Zustimmung eines Reichstagsausschusses einzuholen hat, gestrichen. Der Minister braucht also nur den Reichsrat zu hören und bedarf dann noch der Zustimmung des Reichsrats. Ein Antrag der Kommunisten, im § 22 für Hinterziehungen der Kohlensteuer Gefängnisstrafen festzusetzen, wird abgelehnt. Der Rest der Vorlage findet unveränderte Annahme, worauf der Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ohne Debatte mit den Entschlüssen des Ausschusses angenommen wird.

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. Vorlage betr. Handel mit Metallen und Edelsteinen, Postetat. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Wirtschaft

Verkehrstarife und Privatbahnen.

Folgende Mitteilung, die zugleich eine Rechtfertigung der Tarifpolitik der Reichsbahn ist, geht uns vom Verein Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen E. V. mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Seit dem Fallen des Dollars werden an seiner Stelle die Eisenbahntarife für hohe Preise verantwortlich gemacht. Die Aufklärung des wahren Sachverhalts, der sich weit von derartigen Behauptungen und Vorwürfen entfernt, liegt daher im Interesse des Preisabbaues und damit der Volkswirtschaft. Zu diesem Zwecke mögen die Frachttarife für eine Reihe wichtiger Güter und für die durchschnittliche Transportweite von 170 Kilometern in Prozent des Warenpreises nach der letzten Tarifserhöhung um volle 100 Proz. hier folgen. Die entsprechenden Frachttarife in der Zeit vor dem Kriege sind in Klammern beigefügt. Der Frachttarif in Prozent des Preises beträgt vom 15. Februar 1923 ab für

Kartoffeln	20	(8,1)
Milch	7,4	(10,8)
Weizen	9,8	(35,5)
Steinkohle	12,5	(33,6)
Stabeisen	37	(7,7)

Ein Blick auf diese Zahlen zeigt, daß der Frachttarif am Warenpreis zurzeit viel geringer ist als in der Zeit vor dem Kriege, und daß er überhaupt auch nach der letzten starken Tarifserhöhung sehr gering ist. Angesichts dieser Tatsachen können daher die Eisenbahntarife unmöglich für die Höhe der Preise verantwortlich gemacht werden.

Obwohl schon nach diesen Zahlen nicht der Verdacht aufkommen kann, daß die Eisenbahntarife im Gegensatz zu vielen anderen Preisen überhöht seien, soll doch außerdem noch gezeigt werden, wie hoch die Eisenbahntarife durchschnittlich nach Maßgabe der Preise für Eisenbahn- und Betriebsstoffe, insbesondere von Kohlen und Eisen und nach den Lohn- und Gehaltsätzen des Eisenbahnpersonals sein müßten. Die Preise sind gestiegen für:

Steinkohlenbricks . . . auf das 17 614fache ihres Friedensstandes

Stahlkugeln . . . 12 066

Mittelbleche . . . 12 884

Stabeisen . . . 11 155

Schienen . . . 9 220

Kupfer . . . 8 610

Öle . . . 7 115

Löhne und Gehälter . . . 3 650

Hieraus ergibt sich, daß ein Betriebsausgabenindex vom 6060-fachen des Friedensstandes. Demgegenüber sind die Durchschnittseinnahmen für die gleiche Beförderungsleistung im Güterverkehr (1 Tonnenkilometer) auf rund das 400fache, im Personenverkehr sogar nur auf das 800fache ihres Friedensstandes gestiegen. Im Güterverkehr sind von dieser Erhöhung 7 Proz., im Personenverkehr 10 bis 15, im Durchschnitt rund 12 Proz. für Verkehrssteuern abzugiehen, die in die allgemeine Reichskasse fließen. Die wirklichen Erhöhungen betragen hiernach rund das 3700fache im Güter- und rund das 700fache im Personenverkehr.

Der erhebliche Unterschied zwischen Ausgabenindex und Durchschnittseinnahmen wird ausgeglichen durch Verzicht auf die Verzinsung des Anlagekapitals, durch Zuschüsse zu den Betriebskosten, durch sparsame Verwaltung, durch bessere Ausnutzung des Verkehrsapparates und leider auch zu einem großen Teil durch Zehren vom Bestande der Unternehmen, weil die Unterhaltung und Erneuerung von Bahnanlagen und Betriebsmitteln noch lange nicht auf der Höhe der Vorkriegszeit angelangt ist. Im ganzen zeigen jedenfalls auch diese Zahlen, daß die Tarife keineswegs zu hoch sind, daß sie im Gegenteil zu Bedenken hinsichtlich der Aufrechterhaltung der vollen Leistungsfähigkeit der Bahnen Anlaß geben. Auch von diesem Gesichtspunkte aus kann also von einer Ueberhebung der Tarife keine Rede sein.

In der Zusammenstellung der Betriebskosten ist die Angabe Löhne und Gehälter mit 2650 M. Vorkriegsstand zu hoch getroffen. Nach den amtlichen Zusammenstellungen, die in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht sind, gab es unter den Reichsbeamten keine Gruppe, die im Februar mehr als das 1500fache Vorkriegsgehalt hatte, und für Reichsbetriebsarbeiter ist in einer einzigen Gruppe eine etwas größere Steigerung des Monatslohns zu verzeichnen. Demnach ist die Lohnziffer in der obigen Zusammenstellung zu hoch eingeseht. Auf die Gesamtrechnung ist dieser Fehler ohne Einfluß, da der Lohnanteil an den Betriebskosten seit den

Der weltberühmte **RUCCAFINKOR** wieder erhältlich

Vertretung und Lager für Groß-Berlin: M. Schlewinsky, Berlin-Wilmersdorf, Babelsberger Str. 48. Telefon: Amt Platzburg 9942, 9943
Alleinverkauf für Hotels, Kaffees usw. für Groß-Berlin: Max Gruban & P. C. Souhay, Berlin NO. 15. Fernsprecher: Amt Alexander 4316, Amt Königstadt 2288.
Paul Eggebrecht, Berlin N. 24, Friesenstraße. 109. Fernsprecher: Amt Norden 6000 u. 6051.

